

Deutsche Zusammenfassungen der Länderberichte

INHALTSVERZEICHNIS

I. Zusammenfassung des Abschlußberichtes der Ländergruppe

Ägypten	3
I.1. Aufnahme und Implikationen des Zweiten Entwicklungsberichtes der arabischen Länder (2. AHDR) in Ägypten	3
I. 2. Politikprozeß	4
I.3. Diskurs über Probleme im Bildungsbereich	6
I.4. Verbesserungsvorschläge.....	8
I.5. Beurteilung der internationalen Zusammenarbeit	11
I.6. Kooperationsmöglichkeiten Deutschlands.....	12

II. Zusammenfassung des Abschlußberichtes der Ländergruppe

Jemen	13
II.1 Aufnahme und Implikationen des Zweiten Entwicklungsberichtes der arabischen Länder (2. AHDR) in Jemen	13
II.2. Politikprozeß.....	13
II.3. Diskurs über Probleme im Bildungsbereich	14
II.3.1. <i>Generelle Probleme</i>	14
II.3.2. <i>Situationsanalyse in der Grundschul- und Sekundarbildung</i>	15
II.3.3. <i>Situationsanalyse in Erwachsenenbildung und Alphabetisierung</i>	16
II.3.4. <i>Situationsanalyse in technischer Bildung und Berufsausbildung</i>	16
II.3.5 <i>Situationsanalyse im Hochschulwesen</i>	16
II.4. Verbesserungsvorschläge	17
II.5. Beurteilung der internationalen Zusammenarbeit.....	20
II.6. Kooperationsmöglichkeiten Deutschlands	22

III. Zusammenfassung des Abschlußberichtes der Ländergruppe25

Jordanien.....	25
III.1 Aufnahme und Implikationen des Zweiten Entwicklungsberichtes der arabischen Länder (2. AHDR) in Jordanien	25
III.2. Politikprozeß	25
III.3. Diskurs über Probleme im Bildungsbereich.....	28
III.4. Verbesserungsvorschläge	30
III.5. Beurteilung der internationalen Zusammenarbeit	34
III.6 Kooperationsmöglichkeiten Deutschlands	36

IV. Zusammenfassung des Abschlußberichtes der Ländergruppe

Marokko	38
IV.1 Aufnahme und Implikationen des Zweiten Entwicklungsberichtes der arabischen Länder (2. AHDR) in Marokko	38
IV.2. Politikprozeß	39
IV.3. Diskurs über Probleme im Bildungsbereich.....	40
IV.4. Verbesserungsvorschläge.....	42
IV.5. Beurteilung der internationalen Zusammenarbeit	44
IV.6. Kooperationsmöglichkeiten Deutschlands	44

I. Zusammenfassung des Abschlußberichtes der Ländergruppe Ägypten¹

I.1. Aufnahme und Implikationen des Zweiten Entwicklungsberichtes der arabischen Länder (2. AHDR) in Ägypten

Das Entwicklungsländerforschungszentrum an der Universität in Kairo hat einen Workshop über den 2. AHDR durchgeführt, an dem Professoren und Experten teilnahmen. Die dort vertretenen Meinungen und Ansichten zum 2. AHDR sind divers. Die Auswertung der Interviews mit Ministern und Beamten hingegen zeigt, daß diese Personengruppe den 2. ADHR sehr skeptisch einschätzt.

Als positiv wird die Analyse der Gründe für den langsamen Fortschritt im Bildungssektor sowie den Aufruf zu Aktionen aufgefaßt. Laut der Ansicht der Befürworter ist der Bericht das Ergebnis eines Arabischen Forschungsprojektes, und die Maßnahmen zur Behebung existierender Probleme repräsentieren die arabische Perspektive. Als ebenfalls positiv wurde die Schwerpunktsetzung auf die Rolle des Wissens zur Entwicklung der Gesellschaft gewertet. Andere Stimmen sahen trotz methodischer Mängel den Nutzen des Berichtes darin, daß er zur Aufklärung über den Reformbedarf des Bildungswesens beitrug.

Kritiker des 2. AHDR beanstanden Methodik und Analyse. Ein wesentliches Problem ist ihrer Ansicht nach, daß die Arabische Welt als Ganzes behandelt wurde, ohne landesspezifische Unterschiede zur Kenntnis zu nehmen. Die Kritiker bemängelten ebenfalls, daß die im Bericht benutzte Information vorurteils- und wertebeladen war, um bestimmte vorgefertigte Meinungen zu untermauern und Klischees zu reproduzieren, nämlich die Attestierung mangelhafter Fähigkeiten und Fertigkeiten der arabischen Länder, was einer Abwertung gleichkommt. Weiterhin sei der Bereich zu deskriptiv. Der Hauptkritikpunkt richtet sich gegen die Annahme, menschliche Entwicklung habe überall die gleichen Maßstäbe, ungeachtet der kulturellen Vielfalt auf der Welt und der unterschiedlichen Wertesysteme. In diesem Sinne definieren die Kritiker Entwicklung als die Fähigkeit der Gesellschaft, die in ihr verankerten Werte zu realisieren. Der Bericht habe außerdem die Prioritäten der einzelnen Länder in seiner Analyse nicht berücksichtigt und wichtige Themen wie *brain-drain* und den Zugang der Armen zur Bildung ausgelassen. Positive Entwicklungen und unternommene Anstrengungen fanden kaum Erwähnung. Weitere Argumente gegen den Bericht waren, daß Daten mißinterpretiert worden seien und diese nicht auf offiziellen Regierungsinformationen basierten.

Zusätzlich zu Seminaren und Workshops befaßten sich auch ägyptische Publikationen mit dem Thema des 2. AHDR. Unter den bekannten Veröffentlichungen ist die Stellungnahme des Ökonomen Dr. Galal Amin. Darin teilt der Wissenschaftler die o.g. Kritikpunkte.

Eine Befragung von 33 Mitarbeitern des Instituts für Wirtschaft und Politik der Kairoer Universität sowie 19 Journalisten ergab, daß die Journalisten insgesamt eine bessere Kenntnis des Berichts haben als die Institutsmitarbeiter. Beide Gruppen der Befragten sagten aus, daß der Bericht nur ungenügend in den öffentlichen Medien behandelt wurde. Die Mehrheit sieht keinen Einfluß des Berichtes auf die Politik, die Journalisten wohl aber auf den öffentlichen Bildungsdiskurs. Beide gaben an, daß es andere, weiter verbreitete Dokumente gibt, z.B. den UNDP *Human Development Report*. Die effektivste Maßnahme zur Verbreitung des Berichtes waren Seminare und Workshops.

¹ Zusammengestellt von Sandy El Berr, Zentrum für Entwicklungsforschung, Abt. A, Bonn.

Abschließend halten die Autoren der Studie fest, daß der 2. AHDR zwar nicht positiv von den ägyptischen Intellektuellen und Behörden aufgenommen wurde, aber eine öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit der Bildungsreform wieder entfacht hat.

I. 2. Politikprozeß

Die Bildungsreform ist eine der Prioritäten der ägyptischen Regierung seit den 90er Jahren. Trotz großer Anstrengungen und signifikant erhöhter Ausgaben für die Bildung sind die Fortschritte in der Qualität der Bildung noch mäßig. Deshalb tauchten innerhalb der letzten sechs Monate verstärkt Reformdiskurse auf, die eine Auswertung bisheriger Aktivitäten und Programme sowie darauf aufbauend weitere Maßnahmen zur Reformierung des Bildungswesens fordern. Zwei wichtige Initiativen, die insbesondere auf die Verbesserung der Qualität abzielen, ist das von UN-Organisationen unterstützte Projekt für Mädchenbildung, das vom Nationalen Rat für Kinder und Mütter durchgeführt wird, sowie das Nationale Alphabetisierungsprogramm. Beide Initiativen versuchen, die im 2. AHDR genannten fundamentalen Probleme anzugehen.

In Ägypten existieren drei Arten von Schulen: 1. öffentlich finanzierte und verwaltete Schulen, 2. privat finanzierte und verwaltete Schulen, 3. öffentlich finanzierte und privat verwaltete Schulen. Letztere umfaßt die *Al-Azhar*-Schulen, die zusätzlich zu dem vom Bildungsministerium vorgegebenen Lehrplan religiöse Erziehung anbieten. Ca. 90% der Schüler gehen auf staatliche Schulen. Daneben existieren verschiedene internationale Bildungssysteme, die zum Abitur führen, wie das IGCSE, GCSE, das U.S. Amerikanische Diplom, das Deutsche Abitur etc. Neuere Reformen des Bildungsgesetzes haben festgelegt, daß die Grundschulbildung von insgesamt neun Jahren (6 Jahre Primarschule und 3 Jahre weiterführende Grundschule) obligatorisch sind.

Die höhere Bildung umfaßt Universitäten und nichtuniversitäre Einrichtungen. Letztere sind private und technische Institute, die ebenfalls dem Ministerium für Hochschulbildung unterstehen, mit Ausnahme einiger spezialisierter Akademien und Fakultäten, die anderen Ministerien wie dem Kommunikationsministerium zugeordnet sind. Es gibt 13 staatliche und 4 private Universitäten neben 3 internationalen Universitäten. Der Ausschuß für private Universitäten entscheidet über die Zulassung neuer Universitäten. Der *Supreme Council for Universities*, dem der Minister für Hochschulbildung vorsteht, ist verantwortlich für die Aufnahme von Studenten, das Etat, das Aufstellen akademischer Standards sowie die Festlegung von Programmen und Lehrplänen. Das Ministerium arbeitet an einer neuen Richtlinie, um die Zahl der Studenten von 30,5% auf 50% (5 Millionen Personen) bis 2015 zu erhöhen und die Rolle des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft in der höheren Bildung zu stärken.

Das Bildungsministerium ist zuständig für Planung, *follow-up*-Aktivitäten, Evaluierung, Erarbeitung von Lehrplänen, Abschlußprüfungen und Materialien sowie deren Bereitstellung, Erarbeitung von Reformplänen sowie Festlegung der Standards, Qualifikation und Lohn der Lehrer und der Lehrerfortbildung. An der Planung und Formulierung der Bildungspolitik arbeiten zentrale Beratungsausschüsse und -komitees der verschiedenen Bildungssektoren mit, denen der Bildungsminister vorsteht und Vertreter der jeweiligen Bildungssektoren und -abteilungen umfassen. Auch spezialisierte wissenschaftliche Zentren und Kommissionen sind an diesem Aufgabenbereich beteiligt. Die wissenschaftlichen Zentren sind vom Bildungsministerium unabhängig, diesem aber rechenschaftspflichtig. Diese sind z.B. das Zentrum für Lehrplänenentwicklung oder das Nationale Zentrum für pädagogische Forschung und Entwicklung. Beispiele für spezialisierte Kommissionen sind die Bezirksdirektion für Alphabetisierung und Erwachsenenbildung oder der Fond zur Unterstützung von Bildungsprojekten.

In dem Bereich der Dezentralisierung sind erste Fortschritte erreicht. Einige Kompetenzen wurden vom Bildungsministerium an Gouvernements und Schulen abgegeben. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist das Reformpilotprojekt im Gouvernement Alexandria. Eine ähnliche Delegation von Kompetenzen ist nun für die anderen Gouvernements geplant. Hieran wird deutlich, daß eine Reformstrategie in einem Gouvernement zuerst getestet wurde, bevor Gesetzesänderungen auf nationaler Ebene beschlossen und umgesetzt wurden. Im Falle der Schulen regelt eine Ministerialverordnung von 2003 deren Zuständigkeiten. Dafür wurden drei neue Abteilungen innerhalb der Schulen geschaffen, die für Qualität, produktive Aktivitäten sowie Fortbildung und Evaluierung verantwortlich sind.

Akteure der Bildungsreform

Zur Zeit sind vier Komitees für die Bildungsreform zuständig: 1. *High Level Committee for Studying Education Reform Issues*, 2. *High Level Committee for Evaluating the Information Technology and Electronic Government Work*, 3. *Committee for Studying the National Institutes Status* und 4. *Committee for Supervising the Evaluation and Development of the Secondary Level Curricula*. Das Komitee für Dezentralisierung und Gemeindepartizipation ist kürzlich innerhalb des Bildungsministeriums geschaffen worden. In ihm sitzen Vertreter der Privatwirtschaft, NROs, Universitätsprofessoren, Dekane und Juristen. Der Strategieplan des Bildungsministeriums für eine verstärkte Gemeindepartizipation beinhaltet folgende Maßnahmen: Einrichtung pädagogischer Informationszentren, Schaffung einer neuen Abteilung in allen Gouvernements zur Stärkung der Beziehungen zwischen Schulen und Gemeinden, Aufbau von Netzwerken, Lehrerfortbildung, Verankerung der Eltern- und Gemeindepartizipation im Gesetz, Integration des Konzepts der Gemeindepartizipation in den Lehrplänen und Informieren der politischen Entscheidungsträger über Methoden und Mittel der Gemeindepartizipation.

Weitere relevante Akteure der Bildungsreform in Ägypten sind die Lehrgewerkschaft, NROs im Bildungswesen, Gesellschaft der privaten Schulbesitzer, die Nationale Demokratische Partei, private Tutoren und Lehrkräfte, Autoren und Verlage von nicht-staatlichen Schulbüchern sowie Mitglieder des *Shura Council* (konsultatives Oberhaus) und *People's Assembly* (Unterhaus mit legislativer und überwachender Funktion).

Die Lehrgewerkschaft ist zwar zahlenmäßig stark, besitzt aber kaum Einfluß, und ihre Arbeit hat nur geringe Auswirkungen. Dies ist u.a. ihrer starken Abhängigkeit vom Bildungsministerium geschuldet. Die Führungsebene der Gewerkschaft spricht sich für eine Unterstützung der Bildungsreform aus.

Zur Zeit arbeiten mehr als 1300 NROs im Bildungswesen. Zur besseren Koordination der Aktivitäten ist 2002 ein Komitee für NROs gegründet worden, in dem auch Vertreter des Bildungsministeriums sitzen.

Die Gesellschaft der privaten Schulbesitzer wird von einem Gremium, das aus den Direktoren der privaten Schulen besteht, geleitet. Einige Mitglieder sind zudem in legislativen Körperschaften, politischen Parteien und Gewerkschaften tätig, weshalb die eine einflußreiche Interessengruppe darstellen. Den Autoren der Studie zufolge wenden sie sich gegen staatliche Bestimmungen, welche die Schulgebühren, Lehrergehälter und Qualifikationen in privaten Einrichtungen regulieren und Abgaben festlegen.

Die Nationale Demokratische Partei (NDP) ist Regierungspartei und hat begonnen, Strategiepapire zu Reformen zu erarbeiten. Diese Strategiepapire stellen mittlerweile ein wichtiges Element innerhalb der Diskurse zur Bildungsreform dar.²

² Zu den Inhalten der Strategiepapire siehe Länderstudie Ägypten, S. 18.

Auch private Tutoren und Lehrkräfte sind eine gewichtige Interessengruppe. Bemühungen der Regierung, den Privatunterricht zu reduzieren, um das Gleichheitsgebot der Bildung aufrechtzuerhalten, sind bisher aus verschiedenen Gründen gescheitert.

Auch die Autoren und Verlage von nicht-staatlichen Schulbüchern besitzen einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Bildungsreform. Sie unterstützen das System der Schulbücher als hauptsächliche Informationsquelle und die Methode des Auswendiglernens, da dies die Grundlagen ihrer außerlehrplanmäßigen Bücher sind. Sie fordern vom Bildungsministerium die Autorisierung dieser Bücher und eine schnelle Erneuerung der Erlaubnis bei Neuauflagen.

Innerhalb der *People's Assembly* existiert ein Bildungskomitee, das die vorgeschlagenen Neuerungen in der Bildungsgesetzgebung überwacht. Generell unterstützt dieses Komitee die von der NDP erarbeiteten Reformvorschläge. Auch das *Shura Council* hat Bildungsausschüsse, die Studien durchführen und Entscheidungsträger beraten.

I.3. Diskurs über Probleme im Bildungsbereich

Während der UNESCO-Bericht von 2003 die Erfolge bei der voruniversitären Bildung lobt, ist für sie eine der wichtigsten Herausforderungen für das kommende Jahrzehnt, inwiefern ein Bildungsmanagementsystem entwickelt werden kann, das in der Lage ist, sich kontinuierlich an den sich verbessernden Reformprozeß anzupassen.

Im Februar 2003 hat das Bildungsministerium *den National Plan for Education for All* fertiggestellt, in dem die Ziele der Initiative in 24 Programme münden. Sie betreffen Bereiche, die verstärkte Anstrengungen verlangen, und zwar in der frühkindlichen Erziehung und Vorschulbildung, in der formalen Grundschulbildung, Programme für Kinder und Jugendliche außerhalb der Schule, in der Alphabetisierung sowie in *follow-up* und Evaluierung. Der 2004 erschienene *Egypt Human Development Report* empfiehlt insbesondere die Dezentralisierung des Bildungswesens.

Die Mängel der Bildung führen die Autoren auf verschiedene Faktoren zurück. Als generelle Probleme haben sie herausgestellt:

- starkes Bevölkerungswachstum
- geringe Qualität der Bildung (bisheriger Fokus auf quantitativen Aspekten)
- geringe Rentabilität der Bildung
- Widerstand der Verwaltung gegen Reformen

Finanzierungsprobleme

- unzureichende finanzielle Ressourcen: Während sich der Etat für die voruniversitäre Bildung im Zeitraum von 1981/2 - 1989/90 verdreifacht hat, ist der reale Wert des Etats ständig gesunken
- Mangel an Einrichtungen und Ausstattung: bis 2007 werden 3730 Primarschulen und 1729 weiterführende Grundschulen benötigt
- geringe Lehrergehälter und Anreize
- ineffiziente Ressourcennutzung und -aufteilung:
 - trotz hoher Ausgaben für Alphabetisierungsprogramme ist die absolute Zahl der Analphabeten wieder gestiegen
 - Ressourcenverschwendung im Schulbau
 - geringe Lehrer-Schüler-Quote in Primarschulen, zu viele Lehrer und Dozenten in administrativen Funktionen
 - Ausgaben für öffentliche Universitäten ist höher als der Etat (keine Erhöhung der Gehälter, aber gestiegene Ausgaben für Dienstleistungen und Güter)

- hohe Kosten für Leistungen an Studenten
- hohe Kosten zur Herstellung der Schulbücher wegen ineffizienten Managements
- Fehlleitung finanzieller Ressourcen in der:
 - intrasektoralen Verteilung: Bevorzugung der höheren Bildung auf Kosten der Grund- und Sekundarschulbildung, was sich insbesondere negativ auf die Armen auswirkt
 - strukturellen Verteilung: Tendenz der Ausgaben zu laufenden Kosten zum Nachteil von Investitionsaufwendungen
 - regionalen Verteilung: Bevorzugung einzelner Gouvernements und einiger Metropolen auf Kosten anderer; besonders benachteiligt sind die Gouvernements in Oberägypten und die ländlich geprägten Gouvernements Unterägyptens
- steigende Ausgaben der Haushalte wegen der Notwendigkeit, zusätzlichen privaten Unterricht zu nehmen und sich außerlehrplanmäßiger Lernmaterialien anzuschaffen

Qualitätsprobleme

- Ineffizienz des Bildungssektors und schlechte Qualität, u.a. aufgrund der Schwerpunktsetzung auf die Einhaltung von Regeln und Vorschriften statt der Verbesserung der Lehrmethoden
- mechanistisches Lehren und Auswendiglernen
- Fähigkeiten der Schüler in Lesen, Schreiben und Mathematik sind gering
- geringe Qualifizierung der Lehrer, insbesondere in der Primarschule; Lehrer besitzen häufig keinen Universitätsabschluß und werden oft aus anderen Fachgebieten rekrutiert; unzureichende pädagogische Ausbildung
- ca. 50% aller Schuler und Studenten nehmen zusätzlich privaten Unterricht, um gute Abschlußnoten in den Prüfungen zu erreichen, denn Noten sind ausschlaggebend für die Art der weiteren Ausbildung
- hohe Schülerzahlen in der weiterführenden Grundschule
- hohe Wiederholungs- und Schulabbrecherraten
- inadäquate Schulbücher, insbesondere für die universitäre Bildung in den angewandten Bereichen (Medizin, Ingenieurwissenschaften)
- schlechte Ausstattung der Bibliotheken
- kein Erwerb von Fertigkeiten und Fähigkeiten, die den Ansprüchen des Arbeitsmarktes und der technischen Entwicklung gerecht werden; daher Arbeitslosigkeit unter den Absolventen auch höherer Bildungseinrichtungen

Zugangsprobleme

- Analphabetenrate sank auf 38,6% im Jahr 1996, allerdings Anstieg der absoluten Zahl der Analphabeten
- Analphabetismus ist gekennzeichnet durch geographische, regionale, Einkommens- und Genderdisparitäten zuungunsten Oberägyptens, der ländlichen Regionen, Frauen und Armen
- Einschulungsrate ist noch nicht universell (Nettoeinschulungsrate für Mädchen: 91%, für Jungen: 97% für das Jahr 2002)
- geringe Immatrikulationsrate der Armen an Universitäten (1,1% der Armen, im Vergleich zu 8,7% der nicht als arm definierten Gruppe)
- hohe Fluktuation der Einschulungsraten reflektiert die Instabilität im Primar- und Sekundarschulbereich und deren Schwäche des Bildungssystems, Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, um erreichte Erfolge zu erhalten

geringe wirtschaftliche Vergütung der Bildung

- geringe wirtschaftliche Vergütung der Bildung, insbesondere im Grund- und Sekundarschulbereich, aufgrund geringer Verdienstmöglichkeiten und hoher privater Bildungskosten

Managementprobleme

- Fehlen demokratischer Prinzipien und Partizipation:
 - Bürokratisierung des Bildungswesens, Entscheidungsträger werden ernannt und nicht gewählt
 - Mehrheit der Bildungsreformen ohne Partizipation der relevanten Akteure (Eltern, Lehrer, Studenten) verabschiedet; geringe Effektivität der Reformausschüsse (Eltern- und Lehrerausschüsse, Studenten-/Schülergewerkschaften)
 - einige kulturelle Normen der Organisationsverwaltung sind undemokratisch (Gehorsamkeit, keine öffentliche Kritik)
 - freiwilliger Verzicht der Lehrer, Schüler /Studenten, Eltern auf ihre Rechte
- Fehlen einer wissenschaftsbasierten und rationalen Entscheidungsfindung
- Fehlen eines effektiven Systems und von Mechanismen zur Leistungsevaluierung
- personale Überbelegung der Verwaltung

Ungleichgewicht zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt

- Lehrpläne und erworbene Fähigkeiten entsprechen häufig nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes, deshalb hohe Arbeitslosenraten unter den Jugendlichen (13,6% der Jugendlichen mit einem Zwischenabschluß (z.B. Fachschule), 8,9% mit Universitätsabschluß)
- geringe Qualität der technischen Einrichtungen (ungeeignete Lehrpläne, fehlende bzw. veraltete Ausrüstung und Materialien, schlechte Unterrichtsmethoden, hohe Klassendichten)
- technische Sekundarschule bildet oft in Spezialbereichen aus, deren Kenntnisse schnell veraltet sind (fehlende Fähigkeit, technischen Wandel und Entwicklungen schnell und effektiv in die Ausbildung zu integrieren)
- Konzentration auf theoretisches Wissen, Vernachlässigung praktischer Kenntnisse und Fertigkeiten
- fehlende Organisation des privaten Sektors: Unternehmen kooperieren nicht mit dem Ministerium für Arbeit; Ministerium kann deshalb keine akkuraten Bedarfsstudien erstellen
- Fehlen verlässlicher Daten über Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften, insbesondere aufgrund des anwachsenden informellen Sektors

I.4. Verbesserungsvorschläge

In Ägypten existiert die paradoxe Situation, daß bei hohen Ausgaben für das Bildungswesen nur eine durchschnittliche Abdeckung des Bedarfs an Bildung erreicht wird. Um diese Situation zu verbessern muß erstens die Verwendung und Verteilung der Mittel effizienter gestaltet sowie mehr Mittel für Bildungsaufgaben mobilisiert werden. Zweitens muß das System der Bildungsvermittlung qualitativ verbessert werden wie auch drittens der Zugang zu Bildung.

Im Hinblick auf die Verwendung und Verteilung der Mittel schlagen die Autoren der Studie vor, daß der Anteil der Beschäftigten im administrativen und nicht-lehrenden Bereich sinken muß, da diese einen hohen Teil der Lohnzahlungen verschlingen. Mittel für außerplanmäßige staatliche Programme könnten wieder ins reguläre Bildungssystem verlagert werden, da die Erfolge dieser Programme den Autoren zufolge eher zweifelhaft sind. Des weiteren müssen die vorhandenen Mittel beim Bau und Unterhalt von Bildungseinrichtungen effizienter eingesetzt werden, um Kosten zu sparen. Diese freiwerdenden Mittel sollten dann vor allem in die schulische

Grundbildung investiert werden, da dadurch im Vergleich zu Investitionen in die sekundäre und tertiäre Bildung größere Wohlfahrtseffekte erreicht werden können. Die Autoren empfehlen auch die Verlagerung von Mitteln der Universitäten hin zur schulischen Grundbildung. Außerdem sollten staatliche Mittel vor allem in Bereichen der Ausbildung investiert werden, bei denen die Nachfrage des Arbeitsmarktes hoch ist. Schließlich raten die Autoren zu einer Neuverteilung der Mittel zugunsten der ländlichen Gegenden.

Um die Mittel für den Bildungsbereich auf gleichbleibendem Niveau bereitstellen zu können, muß der Stellenwert und die Priorität der Bildung in allen Bereichen der Gesellschaft erhöht werden. Die verfügbaren Mittel können auf verschiedenste Weise aber auch noch weiter erhöht werden. Zunächst wird angeregt, Möglichkeiten zur Erhebung zusätzlicher Steuern zu prüfen. Außerdem werden der NRO-Sektor, die Privatwirtschaft und ausländische Unterstützung als zusätzliche Quellen benannt. Schließlich sprechen die Autoren das Problem des „parallelen Bildungssektors“ an. Hier investieren Haushalte einen signifikanten Teil ihrer finanziellen Ressourcen in den (Privatunterricht, außerlehrplanmäßige Schulbücher). Daher sollen die Haushalte dazu ermutigt werden, die Mittel wieder verstärkt in das reguläre Bildungssystem zu investieren.

Eine Neuverteilung der vorhandenen, aber auch zusätzlicher Mittel ist nur dann sinnvoll, wenn die **Qualität der Bildung** signifikant verbessert wird. Es ist wenig hilfreich, den Zugang zur Bildung zu erweitern, wenn die Qualität der Bildung unzureichend ist. Zur Verbesserung der Bildungsvermittlung schlagen die Autoren verschiedene Maßnahmen vor:

- Konzentration auf wesentliche Bildungsinhalte, gerade für ländliche Gegenden
- Überarbeitung der Curricula
- Einführung neuer Lehrmethoden
- Verbesserung und erweiterte Schulung des Lehrpersonals
- nationale Bildungsstandards
- Dezentralisierung der Entscheidungsgewalt im Bildungssektor - mehr Autonomie für Schulen
- Verbesserung des Quote Schüler/Lehrer
- erweiterte Entscheidungsmöglichkeiten für Eltern (mehr Wettbewerb durch freie Schulwahl) sowie mehr Beteiligung von Eltern in Schulbeiräten
- Verbesserung der Qualität der Fachschulen, um Universitäten zu entlasten und zugleich den Bedarf des Arbeitsmarktes besser zu decken

In diesem Zusammenhang ist der Bericht des Bildungsministeriums „Mubarak und Bildung 2003“ zu erwähnen, in dem eine hohe Bildungsqualität und Güte für alle als nationales Oberziel definiert sind. Um dieses Ziel zu erreichen, sind auf der Basis umfangreicher Problemanalysen folgende politische Richtlinien erarbeitet worden:

- nationale Standards für Bildung für: effektive und kinderfreundliche Schulen, lerngerechte Umgebung; Lehrpersonal, inklusive Standards für Planung, Lernstrategien, Bewertung etc.; Management; Gemeindepertizipation; Lehrpläne und Lernergebnisse
- internationaler Austausch und Partnerschaften
- modere Technologie
- Alphabetisierung
- höhere technische Bildung
- verstärkte Gemeindepertizipation
- moderne Lehrpläne und Bildungsmaterialien
- nachhaltige fachliche Schulung und Entwicklung
- fähige und engagierte Lehrer
- hervorragendes pädagogisches Management

Der **Zugang zur Bildung** ist ein Problem, das den Autoren zufolge vor allem durch folgende Ansätze angegangen werden sollte:

- Bildung muß finanzierbar werden. Schulgelder und Studiengebühren für die Armen müssen teilweise abgeschafft werden. Darüber hinaus muß auch über direkte Subventionen nachgedacht werden, da viele selbst bei freiem Zugang anderweitige Ausgaben haben, die den Zugang zu Bildung erschweren.
- Gerade in ländlichen Gebieten leben viele arme Familien. Deshalb müssen Bildungsangebote in diesen Gegenden entstehen. Hierbei müssen grundlegende Bildungsstandards realisiert werden. Moderne Bildungsangebote (über Radio, TV, Internet) können hier ebenfalls hilfreich sein.
- Bildung muß insbesondere für arme Menschen funktionell in dem Sinne sein, daß sie einen (materiellen) Ertrag durch die (Aus-)Bildung erhalten. Dieser ermöglicht ihnen den weiteren Zugang zu höherer Bildung. Die funktionale Bildung sollte daher neben der Grundbildung auch praktische (z.B. technische, handwerkliche) Bildung vermitteln.
- Außerdem muß Bildung in dem Sinne nachhaltig sein, daß es möglich ist, die Stufen des Bildungssystems kontinuierlich zu absolvieren, und man nicht gezwungen ist, die Ausbildung aufgrund äußerer Umstände abzubrechen.
- Schließlich muß der Zugang zur Bildung im Hinblick auf den Genderaspekt verbessert werden. Bestehende und neue Gesetze müssen auf ihre Wirkung im Hinblick auf Genderfragen geprüft werden. Generell muß eine Politik verfolgt werden, die das Genderthema besser behandelt und damit Sensibilität für das Thema weckt.

Um **gesamtwirtschaftlich Gewinne** aus der Bildungsreform erwarten zu können, müssen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Alphabetisierung insbesondere bei der armen Bevölkerung und den Frauen
- Lernergebnisse, Kenntnisse und Fähigkeiten müssen gleichmäßiger im Hinblick auf Regionen und Bevölkerungsgruppen erreicht werden
- Bildung muß auch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt vermittelt werden, um nicht an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbei auszubilden. Hier gilt es, die Kooperation zwischen Bildungssektor und Privatwirtschaft zu verbessern.

Voruniversitäre Bildung

Das kürzlich herausgegebene Papier des Bildungsministeriums zur Reform voruniversitärer Bildungsprogramme beinhaltet die aktuellen Strategien der Bildungsreform:

- Dezentralisierung und Stärkung der Gemeindepertizipation
- Sicherung der Bildungsqualität und Erarbeitung von Zulassungskriterien mittels der Umsetzung der erarbeiteten nationalen Bildungsstandards
- verstärkte Nutzung von ICT in der Bildung
- Weiterentwicklung der technischen und beruflichen Ausbildung mittels der Unterstützung erfolgreicher Erfahrungen wie das Mubarak-Kohl-Projekt oder die Ismailiya Schule für IT sowie der Errichtung von 10 technischen Schulen in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft und Hotelmanagement
- Überarbeitung der Lehrpläne und Einführung neuer Evaluierungsmethoden
- Weiterbildung der Lehrer und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen
- Erhöhung der Aufnahmekapazität der Schulen, Verringerung der Klassengröße

Hochschulbildung

Das aktuelle Reformkonzept für Hochschulbildung und Forschung von 2004 beinhaltet folgenden Aktionsplan:

- Erhöhung Aufnahmekapazitäten und der Möglichkeiten der Hochschulbildung
- Qualitätssicherung und leistungsabhängige Verwaltung
- verstärkte Nutzung von ICT
- Erhöhung der Graduiertenstudiengänge und der Forschung

- Personalwesenentwicklung und kontinuierliche Fortbildung
- Förderung und Verbesserung der Studentenaktivitäten

Eine detaillierte Darstellung der unterschiedlichen Interessen der relevanten Akteure sowie ihr möglicher Widerstand gegen die Bildungsreform ist im ägyptischen Länderbericht auf den Seiten 20-21 zu finden.

I.5. Beurteilung der internationalen Zusammenarbeit³

Die Studie der Autoren stellt verschiedene voruniversitäre Bildungsprojekte vor, die in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Partnern durchgeführt wurden/werden. Im folgenden werden erfolgreiche Pilotprojekte dargestellt, die auf andere Gouvernements und Regionen übertragen werden sollen:

- *Alexandria Experience in Educational Reform*: Um die Qualität der Bildung in Alexandria zu verbessern, wurde 2001 ein Projekt in Zusammenarbeit mit USAID gestartet, das vor allem folgende Aspekte beinhaltet: 1. Verbesserung der Kooperation zwischen Lehrern, Behörden etc., durch gemeinsame Sitzungen und Entscheidungsfindungen. 2. Dezentralisierung und Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Schulebene. 3. Verbesserte Fortbildung nach den neusten Standards und Erkenntnissen. Obwohl das Projekt erst 2006 abgeschlossen wird, ist bereits die Ausweitung auf weitere Städte und Bezirke beschlossen worden
- *Community Schools*: Sie wurden in Zusammenarbeit mit UNICEF und CIDA in den Regionen und Gebieten eingerichtet, in denen bis dahin kaum oder gar keine Bildungsangebote existierten.
- *One Class Schools*: Diese Einklassenschulen haben nur einen großen Lehrraum, in dem ausschließlich Mädchen aller Altersklassen und Bildungsniveaus unterrichtet werden.

In diesen und anderen Pilotprojekten konnten die noch nicht flächendeckend implementierten nationalen Bildungsstandards erprobt werden.

Community Participation Component war ein Projekt, das im Rahmen des von der Weltbank und der EU unterstützten *Education Enhancement Program* (EEP) finanziert wurde. Die darin erzielten Erfahrungen werden nun bei der Planung und Implementierung neuer Projekte berücksichtigt. Die Hauptziele des Projektes waren, den Zugang zur Grundbildung zu verbessern, indem die generellen Einschulungsraten erhöht und Genderdisparitäten beseitigt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach Bildung gesteigert werden. Man wollte dies durch den Neubau von Schulen und deren Ausstattung sowie durch Informationskampagnen, insbesondere in den Regionen mit geringer Bildung und Einschulungsrate, erreichen. Problematisch war dabei die Datenbeschaffung und Auswahl von geeigneten Gebieten, da viele Kinder bei der Geburt nicht amtlich registriert werden. In einem Workshop wurden dann die Haupthindernisse im Hinblick auf die Steigerung von Angebot und Nachfrage von Bildung identifiziert:

- Eltern, die ihre Kinder nicht zur Schule schicken wollen, weil sie es sich finanziell nicht leisten können, sie aufgrund des eigenen niedrigen Bildungsniveaus die Wichtigkeit der Bildung nicht erkennen und weil Kinderarbeit in manchen Gebieten zum Lebensunterhalt beiträgt.
- Mangel an Bauland für Schulen, an finanziellen Ressourcen und Lehrpersonal

³ Eine Übersicht über Geber und Projekte in Ägypten siehe Dokument im Anhang *Mapping of non-German Donor Activities* sowie die Tabelle.

Die im zweiten Punkt aufgeführten Probleme waren schwerer zu lösen. Aber der Studie zufolge gelang es, die Probleme zu überwinden und das Projekt erfolgreich abzuschließen.

I.6. Kooperationsmöglichkeiten Deutschlands

Die Studie gibt die offizielle Meinung ausgewählter Personen im Hinblick auf Kooperationsmöglichkeiten mit deutschen Entwicklungsakteuren wieder. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Fortsetzung des Mubarak-Kohl Projektes durch Bereitstellung von Experten und Maschinen, die praxisnahe Kenntnisse im Hinblick auf den Arbeitsmarkt vermitteln
- Unterstützung der *Centers for Production Sufficiency*, die ähnliche wie das Mubarak-Kohl Projekt aufgebaut sind, denen es aber an Möglichkeiten zur praktischen Ausbildung mangelt, da es zu wenig öffentliche Unternehmen gibt, die praktische Ausbildung anbieten können.
- Unterstützung der *Vocational Training Centers*
- Errichtung eines Instituts zur Ausbildung von Ausbildern, die den Bedarf des Arbeitsmarktes kennen und im Hinblick darauf ausbilden
- Verlängerung des in Kooperation mit der GTZ eingerichteten *Technical Competency Center for Automation (TCAE)* -Projektes
- Verbesserung der Institute und Schulen für technische und berufliche Ausbildung, insbesondere Ausstattung und Ausbildung des Lehrpersonals
- Reformierung der weiterführenden Ausbildungsgänge
- Bau neuer Schulen
- Unterstützung bei der Lehrplanerstellung, besonders in den Bereichen Wissenschaft, Mathematik und Sprachen
- Unterstützung bei der Reform der Administration und dem Management (v.a. bei Universitäten)
- Qualitätskontrolle und Evaluierung
- Einrichtung von Bibliotheken und Laboratorien
- Austauschprogramme

II. Zusammenfassung des Abschlußberichtes der Ländergruppe Jemen⁴

II.1 Aufnahme und Implikationen des Zweiten Entwicklungsberichtes der arabischen Länder (2. AHDR) in Jemen

56 Personen wurden zum 2. AHDR in der Hauptstadt Sanaa interviewt, knapp 2/3 davon waren Forscher und Professoren. 30% der Befragten hat den Bericht gelesen. Dies wird darauf zurückgeführt, daß Jemen nur 300 Kopien erhalten habe; außerdem besuchten nur wenige die AHDR-Homepage, die den ausführlichen Bericht zum download anbietet.

Die Befragten äußerten die Ansicht, daß der 2. AHDR an Intellektuelle und Ministerien adressiert ist und nicht an die Zivilgesellschaft. Da die Zivilgesellschaft noch relativ schwach ist, hat sie kaum an der öffentlichen Debatte teilgenommen bzw. wurde ihr wenig Platz zur Partizipation eingeräumt. Trotzdem haben zivilgesellschaftliche Organisationen bisher vier Workshops abgehalten, um den Bericht zu diskutieren. Insgesamt befanden die Interviewten, daß die Presse das Thema nur sehr unzureichend behandelt habe. Dies wird auf die geringe Transparenz der Medien, aber auch auf die Untätigkeit der Bildungsministerien in diesem Bereich zurückgeführt. So waren auch Nachfolgetreffen und Konferenzen wenig öffentlichkeitswirksam. Die Indifferenz der Verantwortlichen für Bildung gegenüber der Verbreitung und öffentlichen Debatte zum 2. AHDR ist vielleicht auch dem Umstand gezollt, daß Jemen im Bericht kaum mit Daten vertreten ist. Zur Zeit findet eine umfangreiche Datenerhebung statt, deren Ergebnisse im „Yemen Development Report“ veröffentlicht werden sollen.

Die Autoren der Studie bemängelten einige Aspekte des 2. AHDR wie zum Beispiel das Fehlen differenzierter und detaillierter Studien zu verschiedenen Problemen im Bildungsbereich. Zudem fanden die Ergebnisse aktueller Bildungsstudien über Jemen keine Erwähnung in dem Bericht. Als Beispiel nennen sie die arabische Studie zur Aufnahmekapazität von Kindern der 4. und 6. Klasse in Kooperation mit UNESCO.

II.2. Politikprozeß

Das Bildungsministerium ist für die Grundschul- und Sekundarbildung zuständig und gliedert sich in verschiedene Abteilungen und Sektionen auf. Die Sektion für Lehrplanentwicklung als Teil des Bildungsministeriums operiert durch das Oberkomitee für Lehrpläne, welches vom Bildungsminister geleitet wird. Dem Zentrum für Bildungsforschung und Entwicklung obliegt die Erstellung von Schulmaterialien und ist zudem das offizielle Gremium zur Weiterentwicklung des Bildungssystems. Es führt Studien durch und unterbreitet dem Bildungsminister Verbesserungsvorschläge.

Die Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungsbehörde ist ein eigenständiger Bereich innerhalb des Bildungsministeriums. Die Koordinierung zwischen der Behörde und dem Ministerium sowie dieser Entitäten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und NROs ist allerdings unzureichend.

Das Ministerium für Technische Bildung und Berufsbildung besteht aus 4 Sektionen für 1. Kriterien und Qualitätsstandards, 2. Fortbildung und Lehrplanerstellung, 3. Beziehungen zum

⁴ Zusammengestellt von Sandy El Berr, Zentrum für Entwicklungsforschung, Abt. A, Bonn.

privaten Sektor und dem Arbeitsmarkt, 4. Planung und Projekte. Daneben gibt es fünf Abteilungen für 1. rechtliche Angelegenheiten, 2. Inspektion und Monitoring, 3. Öffentlichkeitsarbeit und Medien, 4. finanzielle Angelegenheiten, 5. Personalwesen.

Obwohl innerhalb des Ministeriums für Technische Bildung und Berufsbildung eine Sektion für Beziehungen mit Arbeitgebern existiert, besteht noch immer eine große Kluft zwischen den Ausbildungsinhalten und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes. Der Bildungspolitik fehlt es an einer klaren Vision ihrer Ziele.

Das Ministerium für Hochschule und Forschung wurde 2001 neu strukturiert. In seinen Aufgabenbereich fallen u.a. die Durchführung und *follow-up*-Aktivitäten von Programmen und der Regierungspolitik.

Ein wesentlicher Schwachpunkt der Ministerien besteht den Autoren der Studie zufolge in den begrenzten Fähigkeiten der Ministerien im Behördenmanagement sowie bei der Planung und Durchführung von Programmen und Projekten.

Die Zivilgesellschaft, insbesondere der private Sektor und NROs, partizipiert mittlerweile bei der Planung von Entwicklungsprogrammen. Den Autoren der Studie zufolge soll die Zivilgesellschaft auch bald an der Durchführung von Programmen beteiligt werden. Allerdings gibt es noch viele Schwachstellen in der Koordinierung der Aktivitäten der verschiedenen Entitäten. Eine Komponente des *Basic Education Expansion Project* ist die Gemeindepertizipation, die nun innerhalb des Bildungsministeriums strukturell verankert werden soll mittels der Schaffung einer eigenen Abteilung für Partizipation. Ein inzwischen bewährtes Mittel der Gemeindepertizipation sind die Elternräte.

Allerdings hebt sich Jemen im regionalen Vergleich dadurch hervor, daß die Entscheidungsträger das globale Interesse an Bildung und Armutsbekämpfung als politische Priorität definiert haben und in nationale Strategien umgewandelt haben. Die ersten Schritte zur Verbesserung der Bildung sind von 1992-2000 mit IDA-Geldern umgesetzt worden. Weiterhin wurde ein neues Lehrgesetz erlassen. Die Nationale Strategie für die Grundschulbildung, die aus der Dakar-Resolution erwachsen ist, ist verabschiedet und befindet sich in der Phase der Implementierung. Die wichtigsten Punkte umfassen: Gemeindepertizipation, *bottom-up*-Ansätze, demokratische Prinzipien und offener Dialog, Realismus in Vision, Planung und Zielvorgaben sowie holistische und wissenschaftliche Herangehensweise in Forschung, Studien, zur Evaluierung und zur Erstellung von Indikatoren. Im August 2004 hat der Bildungsminister ein Dekret erlassen, das den Startschuß für die Erarbeitung der Nationalen Strategie für die Sekundarbildung gab. Im aktuellen Zeitraum 2004-5 werden Lehrpläne und Schulbücher für alle Schulstufen erstellt.

Jemen kooperiert im Bildungssektor mit regionalen arabischen und islamischen Organisationen. Die Zusammenarbeit beschränkt sich bisher allerdings auf gemeinsam veranstaltete Seminare und Workshops; gemeinsame Projekte wurden bisher nicht durchgeführt.

II.3. Diskurs über Probleme im Bildungsbereich

II.3.1. Generelle Probleme

Die Autoren der Studie haben folgende generelle Probleme, die immer wieder in den Diskursen über Bildungsreformen auftauchen, festgestellt:

Im Umfeld des Bildungssektors

- hohe Analphabetenrate
- Schwache Wirtschaft
- Regionale und Geschlechter Disparität
- Lehrermangel

Anreizstrukturen

- niedrige Lehrergehälter, selbst bei hochqualifizierten Lehrkräften, daher Zweitjobs
- ineffizienter Arbeitsplan und Arbeitsmittel (Lehrer oft mit nebensächlichen Aktivitäten belastet, schlechtes Lehrmaterial und Lehrpläne)
- Unzureichende Lehrerausbildung
- Fehlen einer angemessenen regelmäßigen Weiterbildung für Lehrer

Im Bereich des Bildungsmanagements, der Ressourcenallokation und der Verwaltung

- Ineffektive Strategie für Alphabetisierung
- niedrige Effizienz der Bildung
- zu geringe Ausgaben für wissenschaftliche Forschungen
- Bibliotheken sind schlecht ausgestattet, Bücher sind veraltet
- Fehlen von verlässlichen, aktuellen Bildungsdaten
- Auf Grund dessen ist die Evaluierung der Qualität der Bildung schwierig
- wenig Gelder zur Finanzierung von Studien und Pilotprojekten
- zu wenig Forschungszentren; die existierenden sind zu akademisch und forschen selten anwendungsbezogen

II.3.2. Situationsanalyse in der Grundschul- und Sekundarbildung

Die Autoren der Studie sehen eine große Diskrepanz zwischen den im Bildungsgesetz verankerten Ansprüchen und deren Umsetzung in Bezug auf Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Bildungsqualität und Lehrinhalte. Aktuelle Studien verweisen auf eine Ungleichheit der Bildung in Abhängigkeit von den Faktoren Stadt-Land, Gender und Einkommen. Nur 46,7% der Mädchen der Altersklasse zwischen 6-14 Jahren geht zur Schule (im Gegensatz zu 86,6% der Jungen), und nur 35% Schülerinnen schließt die Grundschule ab. Nur 32,9% der 15-17jährigen besucht die Sekundarschule, das sind 19% der Mädchen und 44,9% der Jungen dieser Alterklasse. Die Einschulungsrate von Kindern einkommensstarker Familien liegt über der armer Familien. Die Probleme sind im folgenden zusammengefaßt:

- quantitatives Bildungsangebot ist geringer als das Bevölkerungswachstum
- hohe Analphabetismusraten insbesondere unter Frauen und der ländlichen Bevölkerung; geringe Bewußtheit über die Wichtigkeit der Bildung
- hohe Kinderzahlen pro Familie, Analphabetismus der Eltern und Armut sind signifikante Faktoren für die geringe Einschulung von Mädchen; Jungen werden eher zur Schule geschickt, während Mädchen oft im Haushalt helfen (5,1% der Jungen und 17,2% der Mädchen im schulpflichtigen Alter arbeiten)
- geringe Beteiligung der Eltern an der Schulbildung ihrer Kinder (keine Unterstützung bei den Hausaufgaben, dem Lernen etc.)
- Siedlungszerstreuung, die zu anderen Schwierigkeiten führt: an manchen Orten existieren keine Schulen bzw. gemeinsamer Unterricht von Mädchen und Jungen aufgrund der niedrigen Schülerzahlen, was u.a. zu einer geringeren Einschulungsrate bei Mädchen führt; geringe Qualität der Bildung, da es oft nur 1 Lehrer pro Schule gibt; ungenügende Schulausstattung; Sekundarschulen nur in größeren Ortschaften; Lehrermangel im Sekundarschulbereich
- hohe Schulabbrucherrate (nur 35% der eingeschulten Mädchen beendet die Grundschule) und hohe Wiederholungsraten (z.B. brauchen Mädchen durchschnittlich 8,4 Jahre, um die 6-jährige Grundschule abzuschließen)

- schwache Partizipation der Gemeinden sowie geringes Vertrauen und fehlender Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den Bildungsinstitutionen

II.3.3. Situationsanalyse in Erwachsenenbildung und Alphabetisierung

Da Jemen unter einer hohen Analphabetenrate leidet (48% der arbeitenden Bevölkerung, davon 37% Männer und 83% Frauen), stellt dieser Aspekt ein erhebliches Problem für Armutsbekämpfung dar. Die Autoren weisen auf folgende Mängel hin:

- Obwohl die Nationale Strategie für die Grundschulbildung die hohe Analphabetenrate als Hindernis für das Bildungsvorhaben sieht, ist der Bereich der Alphabetisierung nicht in der Grundschulbildungsstrategie enthalten.
- Existierende Strategie zur Alphabetisierung und Erwachsenenbildung ist von anderen Bildungsstrategien isoliert und ist vom Kabinett nicht mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet worden
- zu wenig Alphabetisierungsprojekte
- fehlende inner- und interministerielle und interinstitutionelle Koordinierung
- fehlende Koordinierung zwischen Behörden, NROs und zivilgesellschaftlichen Organisationen

II.3.4. Situationsanalyse in technischer Bildung und Berufsausbildung

Jemen ist durch eine unausgewogene Verteilung der Arbeitskräfte charakterisiert. Es gibt viele ungelernete Arbeitskräfte, eine hohe Anzahl von Spezialisten in Human- und Geisteswissenschaften, aber kaum gelernte Arbeiter und Ingenieure. Im Vergleich zu den Geisteswissenschaften sind nur wenige Studenten in naturwissenschaftlichen, medizinischen oder Ingenieurbereichen eingeschrieben. Folgende Probleme kennzeichnen den Bereich der technischen und beruflichen Bildung:

- Abhängigkeit von externer Finanzierung und Hilfe
- veraltete pädagogische Methoden
- geringe Koordinierung zwischen aktuellen Bedürfnissen der Arbeitgeber und den Ausbildungsinstituten
- geringer Spezialisierungsgrad: es gibt nur ein technisches Institut für Informatik
- Fehlen von spezialisierten Instituten für die Berufsschullehrerausbildung
- geringe Qualifikation der Lehrer
- geringe Qualität der Ausbildung
- niedrige Schülerquote (2-4%) wegen des ambivalenten Status der Institute (Präferenz für Sekundarschule) und fehlenden Ausbildungsplätzen in den Instituten
- nach Ausbildung kein Zugang zur Universität
- Regierung kann Absolventen nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen
- schlechte technische Ausstattung der Institute (Lehrmaterial, Technik, Bibliotheken, Labore etc.)
- Unterfinanzierung und Mißmanagement vorhandener Ressourcen
- hohe Genderdisparitäten, da keine Koordinierung zwischen den Ausbildungsinstituten und den Behörden für die Frauenausbildung, keine Abstimmung der Programme auf Bedürfnisse der Frauen

II.3.5 Situationsanalyse im Hochschulwesen

Der Beitrag des Hochschulwesens zur Entwicklung in Jemen ist gering, ebenso wie sein Beitrag zu Innovationen sowohl in wirtschaftsrelevanten als auch in verwaltungstechnischen, technischen und akademischen Bereichen. Die Gründe dafür sind zahlreich:

Im Bereich der Hochschulplanung:

- Ungleichgewicht zwischen Geistes- und Naturwissenschaften (letztere 11,5%)

- Konzentration der Universitäten und Colleges in Großstädten
- keine Richtlinien zur Schaffung neuer Universitäten, deshalb u.a. Dopplung von Colleges und geringe Koordination untereinander
- ungenügende Überwachung und Beratung
- zentralisierte und rigide Verwaltung

Im Bereich der Parität:

- hohe Genderdisparität: 24,43% weibliche Studenten, 75,57 männliche Studenten
- Hochschulbildung spielt für ländliche Entwicklung kaum eine Rolle
- Fehlen klarer Richtlinien für Studentenzulassung

Im Bezug auf Qualität, Markt und Gesellschaft:

- zu wenig Lehrpersonal und schlechte Aufteilung (in einigen Colleges ist kein einziger Professor)
- Universitätsausbildung entspricht nicht den Anforderungen des öffentlichen und privaten Sektors (geringe Qualität und Nützlichkeit der Bildung, fehlende praktische Kenntnisse und Fertigkeiten)
- Curricula entsprechen nicht dem neuesten Wissensstand, sind oft importiert und nicht den Realitäten Jemens angepaßt
- schlechte Ausstattung (Bibliotheken, Labore, Arbeitsstationen etc.)
- strikte Richtlinien verhindern unabhängige Forschung und freie Meinungsäußerung
- Universitäten sind häufig Schauplätze ideologischer und politischer Konflikte
- geringe finanzielle Ausstattung; Mißmanagement vorhandener Ressourcen
- Fehlen eines konzeptionellen Rahmens für die Erstellung von Lehrplänen und deren Umsetzung, veraltete Lehr- und Evaluierungsmethoden
- wissenschaftliche Studien und Forschungen nur als Nebenaktivitäten der Dozenten oder im Rahmen einer Promotion betrieben
- Fehlen einer klaren Strategie für die Forschung; zu wenig spezialisierte Forschungszentren, keine Koordination zwischen ihnen und mit Universitäten
- kaum Graduiertenstudiengänge

II.4. Verbesserungsvorschläge

Um die in der Nationalen Strategie verankerten Ziele zu erreichen, muß zum einen das **Bildungssystem** mit Schwerpunkt auf folgenden Bereichen **reformiert** werden:

- Lehreraus- und -weiterbildung, Beratung von Lehrern
- Lehrpläne und Evaluierung
- Schuladministration
- Finanzierung
- Dezentralisierung
- Bildung für Mädchen
- Schulgebäude
- Gemeindepertizipation

Zum anderen ist ein positiver Wandel in **Ausführung und Qualität der Bildung** in folgenden Bereichen notwendig:

- Zugang zur Bildung für alle, auch in geographisch abgeschiedenen Gebieten
- Methoden und Inhalte
- Effizienz und Effektivität der Bildung
- Öffnung und Dynamisierung des Systems

Zur Unterstützung der Implementierung der Nationalen Strategie für die **Grundschulbildung** werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- zur Verringerung der Lehrer-Schüler-Rate und zur Ausweitung der Schulen in alle Regionen (Ziel: universale Schulbildung bis 2015) muß sich die Zahl der Lehrer verdoppeln (Ausgangsjahr: 2000)
- Erhöhung der Elternbeteiligung an der Bildung ihrer Kinder, um deren Leistungen und Motivation zu erhöhen
- Verstärkung der Partizipation zivilgesellschaftlicher Organisationen am gesamten Bildungsprozeß
- Stärkere Einbeziehung der Gemeinden in Schulbildung, Gebäudeinstandhaltung etc. mittels der Schaffung von Elternräten, die von der Schuladministration unterstützt werden sollen
- Integration von Fremdsprachen in die Lehrpläne (Pilotprojekte für den Deutschunterricht sind für das Schuljahr 2004/5 mit der Deutschen Botschaft geplant)
- Errichtung eines Zentrums für Evaluierung und Datenerhebung zum Messen der Leistungen von Lehrern und Schülern
- Durchführung von Pilotprojekten zur Überprüfung der Durchführbarkeit der vom Zentrum für Bildungsforschung und Entwicklung vorgeschlagenen Lösungen

Ein wesentlicher Bereich zur Erreichung der Bildungsziele und der nationalen Entwicklungsziele ist die Verbesserung der **Alphabetisierung und Erwachsenenbildung**. Die Autoren schlagen folgende Strategien vor:

- Erarbeitung von Alphabetisierungsprogrammen in Einklang mit der 1998 verabschiedeten Nationalen Strategie für Alphabetisierung und Erwachsenenbildung
- integrierter Ansatz statt Einzelprogramme: Durchführung von Alphabetisierungsprogrammen zusammen mit anderen Bildungsprogrammen wie z.B. dem Projekt zur Erhöhung der Einschulungsrate von Mädchen. Dies bedeutet, daß Eltern und vor allem Mütter mittels ihrer Teilnahme an Elternräten ihre Töchter zur Bildung ermutigen; dies erfordert wiederum, daß Alphabetisierungskurse für Mütter zusätzlich zu Ausbildungsprogrammen in Fertigkeiten wie Nähen, Stricken u.a. regionsspezifischen Fertigkeiten angeboten werden.
- Erarbeitung von Programmen, die auf die jeweiligen lokalen Bedürfnisse und die lokale Situation abgestimmt sind (ein erfolgreiches Beispiel ist das von der Weltbank und später vom *Social Fund for Development* finanzierte Pilotprojekt „**Literacy through Poetry**“)⁵
- Projektvorschlag seitens der Gemeinden: Schulbildung in Form von Lernprogrammen von zu Hause aus; erste Ergebnisse: Erhöhung der Einschulungsrate von Mädchen, erhöhte Akzeptanz der Eltern hinsichtlich der Mädchenbildung; Gemeindevertreter schlagen mehr Projekte zur Bildung von Mädchen und zur Alphabetisierung von Frauen vor
- Eröffnung von Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungszentren innerhalb von Berufsbildungszentren, damit die Teilnehmer auch praktische Fertigkeiten erlangen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.
- Schwerpunkt sollten Alphabetisierungsprogramme für ländliche Frauen haben.
- Nutzbarmachung der Erfahrungen anderer Länder (*lessons learned & best practice*) zur Erarbeitung integrierter Alphabetisierungsprogramme sowie gelungener Pilotprojekte in Jemen zur Ausweitung auf andere Regionen
- Förderung erfolgreich arbeitender jemenitischer Organisationen und Ausweitung ihrer Aktivitäten durch finanzielle Hilfen sowie Monitoring und Evaluierung ihrer Arbeit

⁵ Dieses Projekt (2002-2003) zur Alphabetisierung von Landfrauen ist von der Weltbank und später dem *Social Fund for Development* finanziert worden. Zu einer detaillierten Darstellung des Projektes, seiner Ergebnisse und Methoden siehe Dokument im Anhang *Mapping of non-German Donor Activities*.

Nach Aussagen des Direktors der Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungsbehörde, Ahmed Abdullah Ahmed, sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- verbesserte Koordination der Ministerien, Institute, NROs und Zivilgesellschaft
- Fortbildung der Mitarbeiter der Behörde mittels Ausbildung von Lehrern und Inspektoren
- Entwicklung spezieller Ansätze zur Erhöhung der Frauenteilnahme an Alphabetisierungskursen
- bessere Ausstattung der Alphabetisierungszentren und Erhöhung ihrer Anzahl in allen Gouvernements
- Erhöhung des Budgets
- Bereitstellung von Anreizen wie Essen in den Zentren, insbesondere in ländlichen Gebieten
- verstärkte Einbeziehung der Medien in Bildungskampagnen und Vorstellung gelungener Erfahrungen aus dem Ausland
- Angehen der sozioökonomischen Probleme, die zum Analphabetismus beitragen, schon in der Phase der Grundschulbildung
- Internationale Organisationen und Geber müssen Alphabetisierung als Grundlage für den Erfolg der Bildungsreform ansehen
- Unterstützung der Kooperation zwischen der Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungsbehörde und den Ministerien

Technische Bildung und Berufsausbildung:

- Überarbeitung der Lehrpläne auf der Basis neuester Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik
- kontinuierliche Evaluierung der Lehrpläne und Ausbildungsprogramme gemäß den Erfordernissen des Arbeitsmarktes sowie deren Anpassung
- Aufbau effektiver Beziehungen zum privaten Sektor
- Beteiligung des privaten Sektors an der Planung der Ausbildung im Privatsektor, Auswahl von Studenten/Lehrlingen, Lehrplanerstellung, Identifizierung von Ausbildungsbedürfnissen
- vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Ministerium und privatem Sektor
- Anwendung moderner pädagogischer Methoden
- Schaffung von spezialisierten Instituten für die Ausbildung von Berufsschullehrern und Lehrern in technischen Instituten und Ausbildung von hoch qualifizierten Ausbildern
- Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Arbeitsmoral von Lehrpersonal und Verwaltung
- Schaffung von Instituten mit Spezialisierungen
- Erarbeitung von Kriterien zur Identifizierung der Ausbildungsbedürfnisse und seiner Umsetzung
- effizienter Einsatz qualifizierten Personals
- moderne Ausrüstung und Ausstattung der Institute
- Förderung der Eigenständigkeit der Ausbildung durch die Schaffung lokaler Trainingsinstitute
- Austausch von Fachwissen mit Planungs-, Forschungs- und Finanzierungsbehörden sowie den Zentren für Bildungsforschung und Colleges der Universität in Sanaa, die sich mit Berufsbildung beschäftigen
- Personal: Aus- und Weiterbildung, neues Gehaltssystem und finanzielle Anreize in technischen Instituten; nur hochqualifiziertes Personal als Manager für diese Institute berufen; Verbesserung des M&E-Systems, u.a. durch die Fortbildung von Inspektoren
- Zulassung: Aufnahmetests für Studenten; ausgesuchte Absolventen sollen Studium an der Universität weiterführen können
- Medienkampagnen zur Verbesserung des sozialen Image der technischen und Berufsbildung
- Organisierung regelmäßiger Treffen mit Eltern zur Diskussion über Bildungsfragen, Abbruch, Leistungen etc.

- auf Einhaltung der Lehrpläne achten
- Anforderungen des Arbeitsmarktes muß sich in Ausbildung widerspiegeln; Anbieten neuer Spezialfächer, v.a. Informatik, ICT etc.
- Maßnahmen zur Erhöhung der Anstellung von Absolventen
- Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils an der technischen und Berufsbildung

Hochschulwesen

- Dezentralisierung der Verwaltung, Unabhängigkeit von der Regierungskontrolle und Profitstreben
- Förderung der Gründung privater gemeinnütziger Institute
- das von dem 2. AHDR vorgeschlagene Verwaltungsmodell von Hochschulinstitutionen mit einem aus 4 Parteien bestehenden Gremium wird von den Autoren für Jemen als sinnvoll erachtet
- flexible, bedarfsgerechte Handhabung der Curricula, kontinuierliche Evaluierung und Anpassung der Lehrpläne gemäß neuester Erkenntnisse und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes
- Förderung technischer und naturwissenschaftlicher Studiengänge
- bessere Ausstattung und Ausrüstung (v.a. mit ICT, Bücher auf Arabisch); Förderung der Publikationstätigkeit der Universitäten
- Überwachung und Monitoring öffentlicher und privater Universitäten durch einen Universitätsrat
- Erarbeitung von Zulassungskriterien gemäß den Erfordernissen des Arbeitsmarktes
- Gründung eines Komitees zur besseren Zusammenarbeit und Abstimmung der Universitäten mit den Gemeinden
- Schaffung eines Rates für Forschung unter Führung des Bildungsministeriums zur Überwachung universitärer Forschungen und zur Herstellung von Kontakten mit dem privaten Sektor zur angewandten Forschung in der Industrie
- Verlinkung der Universitäten über ein schnelles Informationsnetzwerk
- Erarbeitung einer Nationalen Strategie zur Reform der Hochschulbildung in Koordination mit der technischen und Berufsbildung
- Einführung von Englisch und Computerkursen
- Verbesserung der institutionellen Fähigkeiten des Ministeriums für Hochschulbildung
- Errichtung eines arabischen Instituts zur Evaluierung der Hochschulinstitutionen mit dem Ziel der Herausbildung eines Zentrums für regionale Kooperation arabischer Länder auf diesem Gebiet

II.5. Beurteilung der internationalen Zusammenarbeit⁶

Das Forum der Geberorganisationen für den Bildungssektor dient der Koordinierung der Aktivitäten der verschiedenen Geberorganisationen und der Festlegung der zu fördernden Bereiche. Gemäß der Partnerschaftserklärung vom November 2003 haben die Geberorganisationen das Recht, über die Ergebnisse von Projekten informiert zu werden, diese Ergebnisse zu evaluieren und auf Schwachpunkte hinzuweisen, d.h. Jemen ist den Geberorganisationen gegenüber rechenschaftspflichtig.

Die Europäische Kommission wird für den Zeitraum von 2005 - 2007 € 30 Millionen für Armutsbekämpfung und Demokratieförderung bereitstellen. Darunter fallen u.a. Berufsbildung, Unterstützung für den *Social Fund for Development* sowie Stärkung der Rolle von NROs.

⁶ Eine Übersicht über Geber und Projekte in Jemen siehe Dokument im Anhang *Mapping of non-German Donor Activities* sowie die Tabelle.

Weiterhin erhält Jemen im Rahmen der *Millennium Development Goals* (Jemen ist ein *Fast Track Initiative*-Land) Unterstützung von multilateralen Geldgebern.

Das Ministerium für Technische Bildung und Berufsausbildung hat mit der ILO ein Abkommen geschlossen, das die Nutzung eines Fonds der Weltbank für den Aufbau eines umfangreichen Ausbildungssystems festlegt.

Der stellvertretende Bildungsminister beurteilt die Entwicklungszusammenarbeit im Bildungssektor, insbesondere im Bereich der Berufsbildung und der technischen Ausbildung, als positiv.

Die Kooperation mit Deutschland innerhalb der letzten 10 Jahre hat deutlich zur Verbesserung der Schulen, der Lehrerausbildung sowie zur Vernetzung von Schulen mit lokalen Gemeinden beigetragen. Die Erarbeitung der Nationalen Strategie für Grundbildung war das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem jemenitischen Bildungsministerium, der GTZ und der niederländischen Botschaft in Sanaa. Der Erfolg bei der Umsetzung dieser nationalen Strategie ermutigte das Ministerium, eine ähnliche Strategie für die Sekundarbildung zu erstellen. Hervorzuheben ist auch das GTZ-KfW-Pilotprojekt in Ebb und Abeen zur Verbesserung der Schulumgebung, das das Bildungsministerium aufgrund seiner positiven Resultate nun auf andere Gouvernements auszuweiten plant. Die folgenden Komponenten, die sich in diesem Pilotprojekt als gute Praxis etablierten, sollen auf andere Projekte übertragen werden: Gemeindepertizipation, Einbindung der Regierungsstellen (gemeinsame Planung sowie Erstellung von Indikatoren), Einbeziehung lokalen Personals, lokales Management bei externer Aufsicht. Ebenfalls auf der Grundlage dieses Erfolges hat das Bildungsministerium die GTZ mit der Durchführung der Gemeindepertizipation beauftragt. Dies ist ebenfalls eine Hauptkomponente des *Basic Education Expansion Project*.

Die GTZ wird nach der erfolgreichen Intervention zur Erarbeitung einer nationalen Bildungsstrategie in folgenden Bildungsbereichen weiterarbeiten:

- Weiterbildung von Ministerialbeamten verschiedener Ebenen in Planung, Informationssysteme und Bildungsmanagement
- Gemeindepertizipation
- Mädchenbildung
- Schulbau und -ausrüstung
- Technische Assistenz und Beratung der Ministerien

Die Autoren weisen aber auch auf folgende Schwachstellen in einigen Projekten der internationalen EZ (NRO und RO) hin:

- Nachhaltigkeit: Der durch das Projekt initiierte Wandel endet oftmals mit Projektschluß oder mit dem Ende der Finanzierung.
- *Follow-up*: Die beteiligten Parteien sprechen die Projektfortsetzung und Anschlußfinanzierung nicht ab; Projekte werden von der Regierung nicht weiterfinanziert; lokales Personal hat wenig Managementkenntnisse, das Projekt weiterzuführen; geringe Rolle des privaten Sektors in der Anschlußfinanzierung
- Lokale Fähigkeiten werden nicht gefördert, weil ausländische technische Expertise genutzt wird.
- Einige Projekte arbeiten in Isolation und ohne Koordinierung mit staatlichen Stellen.
- Unterschiedliche Aktivitäten eines Projektes sind häufig nicht gut aufeinander abgestimmt, oder sie stehen nicht im Einklang mit den offiziellen Plänen.
- Evaluierung: Oftmals fehlen Indikatoren zur Projektevaluierung. Falls Indikatoren vorliegen, werden die Resultate der Evaluierung aber häufig nicht umgesetzt.
- Pilotprojekte befinden sich oft in abgelegenen Regionen, was eine Evaluierung und Nachfolgeaktivitäten erschwert.

- Es fehlen innovative Ansätze zur Implementierung von Pilotprojekten.
- Übertragung erfolgreicher Pilotprojekte auf andere Gebiet ist oft nicht gewährleistet.

II.6. Kooperationsmöglichkeiten Deutschlands

Die Autoren der Studie schlagen folgende Bereiche für die zukünftige Zusammenarbeit im Bildungssektor vor:

- Kapazitätsförderung:
 - Finanzierung von Fortbildungsworkshops für leitende Personen des Bildungssektors und anderer relevanter Akteure auf zentraler und insbesondere auf lokaler Ebene mittels integrierter Programme in allen Gouvernements mit Focus auf regelmäßiger Evaluierung und eines in der Verantwortung der Regierung liegenden Systems der „Belohnung und Bestrafung“
 - technische Unterstützung bei der Lehreraus- und weiterbildung (insbesondere bei Lehrern ohne Universitätsabschluß)
 - Fortbildung von Schul- und Bildungsdirektoren
- Entwicklung ähnlicher Programme und Ansätze wie die der GTZ in Ebb und Abeen zur Verbesserung der Schulen unter Umwelt- und gesundheitlichen Aspekten für ganz Jemen
- Unterstützung von Projekten, die Computer in Schulen einführen
- Entwicklung kreativer Projekte wie z.B. „Ministerium und automatisierte Administration“: Vernetzung der zentralen Stellen mit allen Gouvernements zum Informationsaustausch mittels spezieller Software oder über die mit Computer ausgestatteten Schulen
- Erstellung von Projektanträgen zur Errichtung von Zentren für die Evaluierung und Leistungsmonitoring von Schülern und Lehrern unter Einbeziehung deutschen Know-hows
- Entwicklung spezieller Programme zur Förderung von talentierten Kindern in Sport und Kunst

Deutschland wird zusätzlich zur **Grundschulbildung** auch bei der Implementierung der Nationalen Strategie für die **Sekundarbildung** eine wichtige Rolle spielen. Deshalb schlagen die Autoren vor, daß Deutschland ein Projekt zur integrierten Sekundarschulbildung in verschiedenen Gouvernements mit folgenden Schwerpunkten verabschiedet:

- Kapazitätsförderung
- Einführung von Computern
- außerlehrplanmäßige Aktivitäten
- Verbesserung der Schulumgebung
- Monitoring der Schülerleistungen
- Verbesserung der Schuladministration
- Erarbeitung von Evaluierungsprogrammen

Diese Art von langfristigen und vielschichtigen Projekten sind bislang in der Sekundarbildung nicht durchgeführt worden. Sie werden von den lokalen Fähigkeiten abhängen, die von deutscher Seite mittels Trainingsmaßnahmen gefördert werden sollen.

Im Bereich der **Berufsbildung** besteht Bedarf an der Entwicklung von Langzeitprojekten und Ausbildungsprogrammen. Diese sollen parallel zur Errichtung von 50 Bildungsinstituten für Berufsbildung und technische Ausbildung mit einer Laufzeit von weiteren 4 Jahren einhergehen. Davon dienen die ersten drei Jahre der Ausbildung, das vierte Jahr der Unterstützung der Ausbildungsabgänger bei der Arbeitssuche. Es besteht bereits ein Abkommen mit der Regierung, dieses Projekt in anderen Instituten und Gouvernements in Verbindung mit dem Armutsbekämpfungsprogramm durchzuführen. In diesem Zusammenhang erachten die Autoren

ein Ausbildungsprogramm für Spezialisten in den Bereichen Planung, Marketing, Ausbildung und Expertise für notwendig. Diese Spezialisten sollen dann den Bedarf an Ausbildung und Spezialisierungen identifizieren, um darauf aufbauend Trainingsprogramme zu erstellen.

Die Autoren schlagen folgende Schwerpunktbereiche in der Berufsbildung vor:

- weitere Unterstützung des Ministeriums für Berufsbildung, insbesondere im technischen Bereich und der Kapazitätsförderung
- Verbesserung einiger Ausbildungsinstitute (insbesondere Ausstattung, Instandhaltung)
- Unterstützung der Trainer- und Dozentenausbildung in Spezialisierungen, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind
- Leistungsmonitoring von Schülern, Dozenten / Lehrern und Ausbildern
- Aufstellung von Eignungskriterien von Bewerbern in Zusammenarbeit mit dem Ministerium
- praktische Ausbildung
- Auswahl der Ausbilder

Dr. Abdel Wahab El Akel, der stellvertretende Bildungsminister, sieht die Rolle der deutschen EZ insbesondere in **Ingenieurschulen** in folgenden Bereichen:

- Beratung bei der Erstellung von Lehrplänen
- Ausrüstung
- Fortbildung der Dozenten
- Weiterbildung in Informatik und Internetnutzung
- Unterstützung der technischen und administrativen Abteilungen öffentlicher Universitäten in den Bereichen Registrierung, studentische Angelegenheiten, Labore, Bibliotheken, Computer und Instandhaltung
- Modernisierung von Bibliotheken, u.a. elektronische und automatisierte Bibliotheken

In der **Hochschulbildung** wird die Rolle Deutschlands in der Einführung von Ingenieursfachschulen an allen öffentlichen Universitäten gesehen, und zwar mit folgenden Kooperationsschwerpunkten:

- Instandhaltung von Gebäuden und Unterstützung von Projekten, die junge Leute darin ausbildet
- Bereitstellung von Ausrüstung (u.a. Computer), Laboren, Bibliotheken
- Kapazitätsförderung von Lehrpersonal durch kontinuierliche Trainingsprogramme
- technische Unterstützung durch Gastdozenten und -professoren, die Seminare bzw. eine praktische Ausbildung geben
- regelmäßige Evaluierung und Sicherstellung, daß die Regierung die Ergebnisse umsetzt

Kindergärten sind bisher wenig beachtet worden. Deshalb erachten die Autoren der Studie die Gründung einer eigenen Abteilung sowie die Einführung von Modellkindergärten mit deutscher Unterstützung für notwendig. Dazu gehören die Publikation von Büchern und praktischen Handbüchern sowie die Finanzierung der Ausbildung von Erziehern und Verwaltungsbeamten.

Eine neue Abteilung sollte auch für den Bereich der **Mädchenbildung** mit deutscher Hilfe geschaffen werden. Die Kooperationsschwerpunkte sollen dabei auf Aus- und Weiterbildung des Personals in Planung, Durchführung, Überwachung und Folgemaßnahmen (*follow-up*) liegen. Zur Stärkung der Frauen schlagen die Autoren der Studie **Frauenausbildungsprojekte** vor, die ein monatliches Einkommen generieren. Bei der Konzipierung der Programme müssen die geographischen Disparitäten beachtet werden. So bieten sich an Küstenstandorten Programme zur Haltbarmachung und Vermarktung von Fisch an, in landwirtschaftlich geprägten Gebieten die Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln, in den Bergen oder der Wüste die manuelle Textilherstellung.

Tabelle über unerwünschte Kooperationsbereiche im Bildungssektor mit Deutschland

Bereich	Möglichkeit der Intervention	Anmerkungen
Kapazitätsförderung	√	
Ausstattung von Schulen und Instituten	√	
Entwicklung von Universitätsfakultäten	√	
Projekte für angewandte (Ingenieurs-) Schulen	√	
Technische Unterstützung und Bereitstellung von Experten	√	Zusage des jeweiligen Ministeriums ist Voraussetzung. Weiterhin abhängig vom Bedarf und der Zustimmung für den Experten (Lebenslauf)
Pilotprojekte	√	Hier sind allerdings Verhandlungen und genaue Absprachen auf den zentralen und anderen Ebenen notwendig
Entwicklungsprojekte im Bereich der Mädcheneinschulung	√ x	Ist abhängig von der Akzeptanz der lokalen Gemeinde. Projekte dieser Art sollten unbedingt lokale Gebräuche und Traditionen beachten, da sie sonst abgelehnt werden wie z.B. die mobilen Schulen zur Unterrichtung von Mädchen.
Kapazitätsförderung von Kindern im Klassenzimmer	√ x	Ist abhängig von den Vorstellungen der Verantwortlichen für Bildung und deren Kriterien
Entwicklung von Inhalten für Trainingsinstitute	√ x	Ist bedarfsabhängig
Entwicklungsprojekte für junge Studenten	√ x	Setz eine klare Vision voraus, die von der Universitätsführung abgesegnet werden muß.
Projekte, die lokale Expertise für die Entwicklung ländlicher Gebiete oder Übersetzungen verlangen	√ x	Bedarf der Zustimmung der lokalen Partei; Lebenslauf, TORs und Verträge sind beizufügen
Gebäude für Schulen und Trainingsinstitute	√ x	Auf der Grundlage existierender Modelle; für neue Modelle muß vom zuständigen Ministerium eine Zustimmung eingeholt werden.
Projekte mit direkter Interaktion mit lokalen Gemeinden	√ x	Mittels klarer Absprachen, die die Art und Weise sowie die Grenzen der Intervention darlegen und dem Einverständnis lokaler Autoritäten
Erstellung von Lehrplänen	x	Lehrpläne werden als interne Angelegenheit betrachtet und ihr Inhalt ist eine Frage von Souveränität
Einladung von Experten ohne die zuständigen Leiter zu konsultieren	x	Einladung von Experten nur über Vorabsprachen, die die Art des Experten und seinen Arbeitsbereich festlegen.
Finanzielle Geschenke für Entwicklungszwecke	x	Kann als zweideutiges Projekt interpretiert werden oder in Verruf geraten, daß das Geld für andere Zwecke verwendet wird.
Erstellung von Materialien religiösen oder politischen Inhalts	x	Keine Möglichkeit der Intervention

Erläuterung:

√ Intervention erwünscht √ x Intervention nach Absprachen x keine Intervention erwünscht

III. Zusammenfassung des Abschlußberichtes der Ländergruppe Jordanien⁷

III.1 Aufnahme und Implikationen des Zweiten Entwicklungsberichtes der arabischen Länder (2. AHDR) in Jordanien

Der 2. AHDR war bisher Thema zweier regionaler Veranstaltungen mit jordanischer Beteiligung, und zwar des von der UNDP ausgerichteten *AHDR II Follow-up Meeting* in Beirut im Februar 2004 sowie der *Second Conference of the Arab Women Summit* in Amman im November 2004. Letztere hat eine Reihe von Empfehlungen ausgearbeitet.

In Jordanien selbst ist das Thema in den Medien kaum behandelt worden. Außer informellen Diskussionsrunden und den beiden regionalen Treffen hat es keine gezielten PR-Maßnahmen und Strategien zur Verbreitung und öffentlichen Diskussion der Inhalte des 2. AHDR gegeben.

Die Meinungen und Ansichten zum AHDR reichen von Zustimmung („die realen Zustände sind noch schlimmer“; „der Bericht bestätigt altbekannte Erkenntnisse, bietet aber die Möglichkeit des Vergleichs der Länder untereinander“; „man sollte endlich handeln“) bis hin zu Kritik („der Bericht übertreibt und erkennt Bemühungen nicht an“; „der Bericht ist politisch motiviert und von externen, den arabischen Ländern nicht wohlgesonnenen Gruppen erstellt, um Interventionen in arabischen Ländern zu legitimieren“).

Von den über 100 interviewten Personen (Lehrer, Dozenten, höhere Ministerialbeamte, leitende Mitarbeiter im privaten Sektor und in NROs, Intellektuelle, Parteifunktionäre, Journalisten) wußten über 70% von der Existenz des 2. AHDR. Das Wissen über die Inhalte variierte aber signifikant. So haben nur 20% der Befragten den 2. AHDR persönlich eingesehen oder besaßen eine Kopie davon. Während die Befragten angaben, eher ein Überblickswissen über die Inhalte des AHDR zu besitzen, waren ihre Kenntnisse über die Inhalte im Bildungsbereich gering. Gute Kenntnisse besaßen Ministerial- und öffentliche Beamte sowie Journalisten, sehr geringe Kenntnisse der private Sektor und Mitarbeiter in NROs. Den geringen Kenntnisstand erklären sich die Autoren der Studie u.a. damit, daß nur eine geringe Anzahl von Kopien erstellt und keine Nachdrucke bei späterem Bedarf angefertigt wurden.

Obwohl 2/3 der Befragten den Bericht als akademische Untersuchung und nicht als von der Politik beeinflusst anerkennt, ist die Hälfte der Befragten der Meinung, daß die Ergebnisse von externen Gruppen für politische Zwecke mißbraucht werden können (s.o.). Die Untersuchungsergebnisse werden aber von den Befragten akzeptiert. Die Mehrheit ist abschließend der Ansicht, daß Jordanien in der arabischen Welt in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Menschenrechte führend ist.

III.2. Politikprozeß

Die jordanische Regierung hat kürzlich den „Nationalen Sozialen und Ökonomischen Aktionsplan 2004-2006“ verabschiedet. Das Oberziel ist der Aufbau eines nachhaltigen sozioökonomischen Prozesses zur Reduzierung von Armut und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit, die mittlerweile auf 13-15% gestiegen ist, ist eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen der jordanischen Regierung. Hohe Arbeitslosenraten sind unter Jugendlichen im Alter von 15-19 Jahren sowie Absolventen der Universitäten zu finden.

⁷ Zusammengestellt von Sandy El Berr, Zentrum für Entwicklungsforschung, Abt. A, Bonn.

Andererseits haben die Anstrengungen für eine universale Bildung dazu geführt, daß die Analphabetenrate für das Jahr 2004 auf 9,8% gesunken ist. Aus diesen Gründen liegt der Schwerpunkt der jordanischen Bildungsreformen auf der Ausbildung qualifizierter Arbeits- und Fachkräfte im höheren Bildungsbereich.

Die Zuständigkeit für die Vorschule (private und öffentliche Kindergärten) sowie ihre Zulassung und Schulaufsicht hat das Bildungsministerium. Im Vorschulbereich kooperiert das Ministerium eng mit NROs, insbesondere dem Nationalen Familienrat.

Die schulische Grundbildung (10 Jahre) untersteht vier Gremien: dem Bildungsministerium, anderen Behörden, dem UNRWA (*United Nations Relief and Welfare Organization for Palestinian Refugees*) sowie dem privaten Sektor. Schulen werden vom Bildungsministerium innerhalb eines zentralistischen Systems errichtet, kontrolliert und finanziert. Ausführer Arm sind die mehr als 30 Schuldirektorate. Weiterhin ist es für die Erstellung der Lehrpläne und Schulmaterialien, die Legislative, Ernennung von Lehrern und Verwaltung, Abschlußprüfungen und die Lehrerfortbildung am Arbeitsplatz zuständig. Ähnlich wie im Grundschulbereich untersteht auch die allgemeine Sekundarschule (2 Jahre) mehreren Gremien: dem Bildungsministerium, anderen Behörden und dem privaten Sektor. Die Sekundarschule bietet Spezialisierungen in drei Breichen an: Literatur, Naturwissenschaften und Theologie. Private Schulen können vom Bildungsministerium eine Genehmigung einholen und andere Abitursysteme wie das Internationale Abitur, das U.S. Amerikanische SAT oder das Britische IGCSE anbieten. Die Zuständigkeiten des Bildungsministeriums sind dieselben wie in der schulischen Grundbildung. Hinzu kommt die Zuständigkeit des Bildungsministeriums für die Erarbeitung und Durchführung der nationalen Abschlußprüfungen am Ende der allgemeinen Sekundarschule. Die unter Punkt IV. beschriebenen Verbesserungsvorschläge für den Grund- und Sekundarschulbereich haben in das multilateral und international finanzierte Programm „*Education Reform for the Knowledge Economy*“ Eingang gefunden.

Die spezialisierte bzw. technische Sekundarschule ist in zwei Systeme unterteilt. Während das Abitur mit Berufsausbildung (Berufsausbildung an schuleigenen Arbeitsplätzen) vom Bildungsministerium geleitet wird, ist die halbautonome Behörde „*Vocational Training Corporation*“ (VTC) für die duale Berufsausbildung zuständig. Auf der nationalen Ebene der Gesetzgebung und Planung unterstehen beide Systeme sowie die Fachschulen (*community college*) dem „*Technical and Vocational Education and Training Council*“ (TVET), der vom Premierminister geleitet wird und in dem Vertreter der Regierung und des privaten Sektors vertreten sind. Das VTC wird von einem Direktorengremium überwacht, dem der Arbeitsminister vorsteht. In dem Gremium sind Repräsentanten der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Behörden vertreten. Das Abitur mit Berufsausbildung befähigt - je nach Auswahl der drei Ausbildungsmodule mit unterschiedlichen Auflagen - zu höherer Bildung an Universitäten oder Fachschulen.

Insgesamt besuchen 75,6% der Schüler, die die Grundschule abgeschlossen haben, die Sekundarschule (alle Systeme einbezogen). Deshalb überlegt die Regierung, die Sekundarschulbildung obligatorisch im Bildungsgesetz zu verankern.

Jegliche anerkannte postsekundarschulische Ausbildung mit einer Dauer von 1-3 Jahren fällt unter die Rubrik der Fachschulen (*community college*). Sie gehören zum Bereich der höheren Bildung und bieten vor allem technische und berufliche Bildung an. Sie unterstehen dem oben erwähnten TVET auf der Ebene der Gesetzgebung und Planung. Zuständig für die Fachschulen ist das Ministerium für Hochschulbildung und Forschung. Die staatliche *Al-Balqa Applied University* beaufsichtigt die Fachschulen. Die privaten Fachschulen (ca. 50% aller Fachschulen) sind beim Ministerium für Arbeit, Industrie und Handel als Unternehmen privater Aktionäre registriert und werden ebenfalls von der *Al-Balqa University* beaufsichtigt. Die kanadische

Entwicklungsorganisation CIDA hat mit der jordanischen Regierung ein umfangreiches Programm zur Verbesserung der technischen Bildung, das „*Sustaining and Extending Technical and Vocational Education and Training*“ - SETVET -, initiiert, das auch die Fachschulen einschließt. Dieses Programm wird vom *National Center for Human Resources Development* (NCHRD) beaufsichtigt.

Universitäten sind traditionell unabhängige Institutionen und werden auf der Ebene der Gesetzgebung vom Rat für Hochschulbildung verwaltet, dem der Minister für Hochschulbildung und Forschung vorsteht. Die Aufgaben des Rates umfassen Aufnahmekriterien, Zulassungskriterien für neue Universitäten, Errichtung neuer Institute, Verwaltung des Regierungsbudgets, Ernennung von Rektoren und Ahndung von Verstößen bei privaten Universitäten. Die Mehrheit der Universitäten sind privat und beim Ministerium für Arbeit, Industrie und Handel registriert. Die Weltbank finanziert das Projekt „*Higher Education Development*“, das vom NCHRD beaufsichtigt wird. Eines der wesentlichen Ziele ist die Reduzierung der Arbeitslosigkeit unter den Universitätsabsolventen und die Förderung der Fakultäten mittels der *Faculty Development Center*. Sie dienen der Ausbildung der Dozenten in Forschung, Lehrmethoden und Networking.

Die nicht-formale und Erwachsenenbildung im Rahmen einer lebenslangen Bildung hat bisher keine Priorität durch das jordanische Bildungssystem erfahren.

Obwohl substantielle Fortschritte in der Universalisierung der Bildung aller gesellschaftlichen Gruppen erreicht wurden, wird das Bildungssystem nach Einschätzung der Autoren der Studie noch nicht von demokratischen Prinzipien und Prozessen geleitet, die partizipative Lernansätze und -inhalte sowie die Stärkung der Schulen als Grundeinheit des Systems umsetzen.

Privater Sektor und Zivilgesellschaft

Die Beteiligung des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft am Bildungssystem ist vielfältig. Den Bestimmungen zufolge verfügt jede Schule über einen Eltern-Lehrer-Rat. Die Effektivität dieser Räte ist allerdings von Schule zu Schule unterschiedlich. Im Bereich der dualen Berufsausbildung sind Repräsentanten der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften im *Vocational Training Corporation* (VTC) vertreten (s.o.). Kooperationspotentiale zwischen Universitäten und dem privaten Sektor haben sich bislang bei der Forschungsfinanzierung ergeben. Der private Sektor ist an der Finanzierung einzelner Forschungsvorhaben an Universitäten mit Fonds, die das *Higher Council for Science and Technology* verwaltet, beteiligt. Andere Universitäten haben zur Forschungsfinanzierung Projektanträge bei privaten Unternehmen gestellt. Unternehmer in Aktiengesellschaften zahlen 1% ihres Profits zur Finanzierung des TVET (*Technical and Vocational Education and Training Council*) in einen Fond. Zusätzlich existieren viele private Institute in allen Bildungsbereichen. Auch die NROs sind mit der Durchführung unterschiedlichster Programme stark an der Bildungsarbeit beteiligt. Die Autoren der Studie bemängeln allerdings, daß sich die Partizipation des privaten Sektors und der NROs auf die Durchführung beschränkt und im Bereich der Gesetzgebung und Planung kaum existent ist, und zwar trotz ihrer Beteiligung in verschiedenen Ausschüssen. Die Rolle der NROs in der Evaluierung der Ergebnisse und Leistungen der Bildungsprogramme ist ebenfalls schwach. Ihre Partizipation im Sekundarschulbereich beschränkt sich auf die duale Berufsausbildung. Andererseits bieten NROs Kredit- und Stipendiensysteme für bedürftige Studenten an privaten Einrichtungen an, die häufig weder von profitorientierten noch gemeinnützlichen Instituten abgedeckt werden.

Regionale Kooperation

Jordanien sieht sich als führendes Land innerhalb der arabischen Region im Bereich der Bildung. Die Kooperation verläuft auf den Ebenen bilateraler Vereinbarungen sowie regionaler und multilateraler Organisationen. Die wichtigsten Organisationen sind: *Arab League Education*,

Science and Culture Organization (ALECSO, Tunis/Tunesien), *Islamic Education, Science and Culture Organization* (ISESCO, Rabatt/Marokko), *Arab Universities Union* (Amman/Jordanien), *Arab Labour Organization* (ALO, Kairo/Ägypten), *Arab Union for Technician Education* (Tripolis/Libyen), *Arab Organization for Administrative Sciences* (Kairo/Ägypten) und *Arab Education Office for the Gulf Countries* (Rijad/Saudi Arabien). Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Ebene der gemeinsamen Durchführung von Konferenzen, Seminaren und Workshops, Publikationen sowie Aus- und Weiterbildungsprogrammen. Weiterhin hat Jordanien Zugang zu regionalen Finanzquellen wie z.B. dem Arabischen Fond für Soziale und Wirtschaftliche Entwicklung oder der Islamischen Entwicklungsbank.

Bibliotheken und ICT

Fachschulen verfügen über relativ gut ausgestattete Bibliotheken; allerdings ist ein elektronischer Zugang zu arabischen oder internationalen Zeitschriften ebenso wie Internetzugang selten, im Gegensatz zu den Universitäten. Internetzugang, ICT und elektronische Medien sind dort mittlerweile Standard. Allerdings fehlt eine bessere Koordinierung der Universitäten untereinander bezüglich ihrer Bibliotheksbestände.

Den wichtigen Stellenwert, den ICT inzwischen in Jordanien einnimmt, ist an der Gründung des Ministeriums für Informations- und Kommunikationstechnologie und den Entwicklungen zur Etablierung eines *e-government* erkennbar. Die jordanische Regierung verfolgt verschiedene Programme und Maßnahmen, um ICT in Bildungseinrichtungen zu integrieren und das Lehrpersonal dementsprechend aus- und fortzubilden. Beispiele dafür sind das *Higher Education Development Project* (2000-2005) oder das *Education Reform for the Knowledge Economy* (2004-2008). ICT-Fächer wie Informatik, IT, PC-Technik etc. sind inzwischen an Schulen, Fachschulen und Universitäten vertreten. Zur Zeit sind ca. 20.000 Studenten in ICT-Fächern an Universitäten immatrikuliert. ICT ist mittlerweile ein Pflichtfach der Klassen 7-12. Und Informationsmanagement ist kürzlich als ein Schwerpunkt in der Sekundarschule eingeführt worden. Weiterhin sind ICT-Kenntnisse obligatorisch für Lehrer, die für das Bildungsministerium arbeiten. Ca. ¼ der jordanischen Bevölkerung besitzt einen Computer und 10% haben Zugang zum Internet.

III.3. Diskurs über Probleme im Bildungsbereich

Die Autoren der Studie haben folgende **generelle Probleme**, die in allen Bildungsbereichen auftauchen, identifiziert:

- Problem ist häufig weniger die fachliche Qualifikation als mangelhafte Methodikkenntnisse (Lehrmethoden, Schülerevaluierung, Didaktik) und pädagogische Qualifikation der Lehrer, Ausbilder und Erzieher
- Unzureichende Fortbildung des Lehrpersonals und der Erzieher am Arbeitsplatz
- Geringe Arbeitserfahrungen des Lehrpersonals in ihrem jeweiligen Lehrgebiet
- Mangelhafte Aufsicht: Inspektion statt Unterstützung der Lehrkräfte; qualitative und quantitative Schwächen der Evaluierung
- Geringer sozialer Status der Lehrer (mit Ausnahme der Dozenten an Universitäten)
- Zulassungskriterien für private Einrichtungen sind zu starr, fehlende Standards; Betonung liegt auf Inputs anstatt auf Prozessen und Ergebnissen, Fehlen eines Systems zur Qualitätssicherung
- Unbefriedigendes Anleitungs- und Beratungssystem für Schüler und Studenten, insbesondere über die verschiedenen Bildungswege nach der Grundschule oder Unterstützung bei der Arbeitssuche
- Unzureichende Evaluierung der Rentabilität und Machbarkeit vieler Programme der Sekundar- und Postsekundarstufe

- Gehälter in den meisten Bildungssektoren betragen ca. 90% des Bildungsbudgets, so daß qualitative Aspekte vernachlässigt werden
- Starke zentralistische Verwaltung der Schulen

Vorschule / Kindergarten

- Die Mehrzahl der Kindergärten ist privat und kostenpflichtig, sie decken deshalb nur 1/3 der Kinder der Altersgruppe von 4-6 Jahren ab
- Weniger als 1/5 der Erzieher besitzt - trotz Vorschrift - einen Universitätsabschluß, und nur ¼ dieser Personen hat sich auf Kindesentwicklung spezialisiert
- Fehlen von Graduierten- und Postgraduiertenstudiengängen in Kinderpädagogik

Grundschule und allgemeine Sekundarschule (Abitur)

- Schulabbruch vor der 10. Klasse wird nicht geahndet, d.h. obligatorische Schulbildung (1.-10. Klasse) bezieht sich eher auf die Pflichten des Staates als auf die der Eltern
- Mangel an Schulgebäuden und Klassenzimmern in Grundschulen aufgrund der hohen Schülerzahlen (2,5% Wachstumsrate jährlich)
- Trotz Spezialisierung ist die Anzahl der obligatorischen Grundfächer in Sekundarschulen zu hoch (Überlastung der Schüler)
- Probleme der nationalen Abschlußprüfungen am Ende der allgemeinen Sekundarschule: Ausrichtung hauptsächlich an kognitiven Fähigkeiten; Fehlen von Experten in den entscheidungsrelevanten Ebenen

Abitur mit Berufsausbildung

- Anzahl der obligatorischen Grundfächer ist zu hoch
- Ungenügende Ausbildung der Lehrkräfte: im Gegensatz zur allgemeinen Sekundarschule, wo fast alle Lehrer einen Universitätsabschluß besitzen, haben mehr als 40% nur einen Fachschulabschluß; fehlende Arbeitserfahrung
- Unzureichende Aufrüstung der bestehenden Ausstattung mit modernen Geräten
- Geringe Partizipationsmöglichkeiten des privaten Sektors
- Schülermangel: von den 75,6% der Grundschulabsolventen, die weiterstudieren (Abitur, Lehre), absolvieren weniger als 30% das Abitur mit Berufsausbildung oder die duale Berufsausbildung

duale Berufsausbildung

- geringe Partizipation des privaten Sektors in Gesetzgebung, Planung, Evaluierung, Prüfungen und Zertifizierung (allerdings gute Partizipation in der Durchführung)
- unzureichende Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in vielen kleinen und mittleren Unternehmen

Fachschulbildung (*community college*)

- geringe Flexibilität, auf gesellschaftliche Bedürfnisse einzugehen; nicht-formale und Erwachsenenbildung kaum vertreten
- Ausrichtung der Al Balqa Universität (BAU) ist eher akademisch, was negative Auswirkungen auf die von ihr beaufsichtigten technischen und angewandten Fachschulen hat
- Prüfungen und Abschlüsse richten sich nach einem nationalen Prüfungssystem unter Federführung der BAU; während dieses System auf der einen Seite der Sicherung minimaler Standards dient, ist es andererseits ein Druckmittel, die formalen und akademischen Aspekte der Ausbildung zu betonen auf Kosten der nicht-formalen und angewandten (Gefahr der Akademisierung)
- Rigide Lehrpläne und Standards verhindern eine flexible Anpassung an aktuelle Bedürfnisse und eine echte Kooperation mit anderen Akteuren

- Hauptschwachpunkt ist die fehlende Verbindung zum Arbeitgebersektor (auch seitens der Arbeitgeber selbst) in Planung, Durchführung, Finanzierung, Prüfungen
- Geringe Studentenzahlen, .u.a aufgrund des höheren Prestiges der Universitätsbildung und der mangelhaften Qualität der Fachschulen; viele Absolventen führen ihre Studien an der Universität weiter und stehen dem Arbeitsmarkt als Fachkräfte nicht zur Verfügung

Hochschulbildung / Universität

- Mögliche Interessenskonflikte zwischen Investoren / Besitzern privater Universitäten und den zuständigen staatlichen Stellen
- Genderdisparitäten zuungunsten von Frauen in Postgraduiertenstudiengängen und im Dozentenstab (nur 16% der Dozenten sind Frauen)
- Probleme der Postgraduiertenstudiengänge: zu wenig Studenten in Natur- und angewandten Wissenschaften; Forschungen sind nicht auf dem neuesten Stand; das Ministerium hat seine neue Rolle, die Forschung zu fördern und zu regulieren, noch nicht ausreichend wahrgenommen
- Unzulängliche Zulassungskriterien für neue Institute; Gründe für die Verzögerung einer Reform sind fehlende Erfahrungen, Flexibilität und Finanzierung sowie Debatte über die Funktion des Ministeriums in diesem Bereich
- Mangel an Lehrpersonal, insbesondere für Postgraduiertenstudiengänge, da aufgrund der besseren Arbeitsbedingungen viele Dozenten in die Golfstaaten abwandern; teilweise Kompensation durch Anwerben von Dozenten aus andern arabischen Ländern (Irak, Ägypten, Syrien)

Nicht-formale und Erwachsenenbildung

- Institute und Programme sind weit gestreut
- Institute befolgen oft nicht Qualitätskriterien und -standards
- Fehlende politische Vision und staatliche Richtlinien zur Entwicklung von Strategien und zum institutionellen Aufbau, zu legislativen Instrumenten und Finanzierungsmechanismen
- Existierende Finanzierungsmechanismen bevorzugen Personen mit höherem Einkommen (Kurse sind kostenpflichtig) und sprechen hauptsächlich hochqualifizierte Personenkreise in privaten Unternehmen an; damit vergrößert sich der Wissensunterschied innerhalb der Gesellschaft; Organisationen, die kostengünstige oder kostenlose Programme für benachteiligte Personen anbieten, haben nur geringe Auswirkungen
- Existierende Maßnahmen zielen nicht auf die Verbesserung der Fähigkeiten von Forschern oder Akademikern ab und tragen auch nicht zur allgemeinen Entwicklung des Humankapitals bei
- geringe Anwendung von Informationssystemen (statistische Daten und Informationen über Institute und deren Programminhalte), so daß die Planung geeigneter Strategien und informationsbasierte politische Entscheidungen erschwert werden

III.4. Verbesserungsvorschläge

Die Autoren der Studie erachten die Schaffung eines effektiven Systems der Qualifizierung und Fortbildung am Arbeitsplatz innerhalb des Konzeptes des lebenslangen Lernens (für Erzieher, Verwaltung, Dozenten, Inspektoren) im Rahmen des neu gegründeten **Instituts für Lehrerausbildung** für sinnvoll. Dazu ist es notwendig, dieses Institut in folgenden Bereichen zu unterstützen:

- Erstellung von Ausbildungsmaterial
- effiziente Organisation und dezentralisierte Verwaltung

- Fortbildung von Aufsichtspersonen aus dem Geschäftsleben und der Industrie
- Verabschiedung eines umfangreichen Plans zur Lehrerfortbildung in modernen Methoden der Unterrichtsführung wie Partizipation, Interaktion und kritisches Denken.

Zur Zeit wird ein neues Fortbildungssystem, das aus 4 Stufen besteht, eingeführt, wobei das Durchlaufen aller Stufen zur Erfüllung bestimmter Kriterien obligatorisch ist.

Weitere Vorschläge des jordanischen Länderteams, die alle Bildungsbereiche betreffen, sind:

- Überdenken des existierenden zentralistischen Bildungssystems mit dem Ziel der Stärkung der einzelnen Institute und der lokalen Behörden (Dezentralisierung hier verstanden als Permeabilität aller Ebenen und nicht nur Transfer von Verantwortlichkeiten von der Zentrale zum Schuldirektorium)
- Erlaubnis für staatliche Schulen, einkommensschaffende Maßnahmen durch Dienstleistungen für die Gemeinden durchzuführen und eigene, zusätzliche Lehrmaterialien zu erstellen
- Stärkere Rolle der staatlichen Schulen im Personalwesen (Mitspracherecht bei Einstellung; Evaluierung; Disziplinarmaßnahmen)
- Einführung moderner Standards für die Aufsicht mit dem Ziel einer verbesserten Unterstützung und Beratung des Lehrpersonals mittels geeigneter Fortbildungen und kontinuierlicher Evaluierung des Aufsichtsmodells
- Verbesserung des Anleitungs- und Beratungssystems für Schüler (insbesondere im Hinblick auf weiterführende Studien bzw. Berufsausbildungsmodule und Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt)
- Einführung eines effektiven Kredit- und Stipendiensystems an privaten Einrichtungen, damit auch einkommensschwache Studenten die Möglichkeit einer angemessenen (Weiter-)Bildung haben
- Aufbau eines Management-Informationssystems mit Informationen über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt (das **AI-Manar-Projekt** zwischen der jordanischen und kanadischen Regierung hat das schon in Betrieb genommene *Human Resources Information System* entwickelt)
- Entwicklung eines Informationssystems mit statistischen Daten und Informationen über Bildungsprogramme, Institute, Studentenzahlen etc. als Grundlage für informationsbasierte politische Entscheidungen

Vorschule / Kindergarten

- Bereitstellung ausreichender finanzieller Ressourcen zur Ausweitung der Kindergärten
- Erarbeitung neuer Kriterien und Indikatoren für die Zulassung von Kindergärten
- Evaluierung und Validierung der neu erstellten Materialien
- Schaffung einer Balance zwischen Angebot-Nachfrage an Universitäten und Fachschulen für den Bereich der Kindesentwicklung, Anbieten von Graduierten- und Postgraduiertenstudiengängen; Anpassung der Lehrinhalte an den aktuellen Forschungsstand und den ermittelten Bedürfnissen

Grund- und Sekundarschule

- Verabschiedung eines 10-Jahres-Plans zur Schaffung geeigneter Schulräumlichkeiten und Sicherstellung der Finanzierung für die schulische Grundbildung
- Beschleunigung der Fortbildungsprogramme, damit Fachschulabsolventen, die in der Grundschule arbeiten, den Universitätsabschluß und die notwendige pädagogische Qualifizierung erwerben
- Das Gesetz zur obligatorischen Bildung der 6- bis 16-Jährigen soll die Eltern in die Verantwortung nehmen
- Einführung moderner Standards für die angewandten Wissenschaften in der schulischen Grundbildung (ICT, Musik, Kunst, Sport, berufsnahe Fächer)

- Durchführung von Aktivitäten zur Verbesserung der Effektivität der Eltern-Lehrer-Räte
- Reaktivierung des vom Bildungsministerium geschaffenen Schulfonds für Graswurzelentwicklungsprojekte, die von den Schulen selbst geplant werden; die Bewerbung der Schulen um eine Finanzierung ist als Anreiz zu Verbesserungen und innovativen Entwicklungen in Zusammenarbeit mit Gemeinden gedacht
- Reduzierung der Pflichtfächer und Einführung eines Wahlfachsystems in Sekundarschulen
- Überarbeitung der nationalen Abschlußprüfungen am Ende der allgemeinen Sekundarschule: ausgewogenes Testen der verschiedenen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Schüler; Schaffung eines vom Bildungsministerium unabhängigen Gremiums (Prüfungsausschuß), in dem die relevanten Akteure vertreten sind (Bildungsministerium, Ministerium für Hochschulbildung und Forschung, Vertreter von Universitäten und Fachschulen, Lehrer, Repräsentanten des privaten Sektors); Prüfungssystem soll nicht den erfolgreichen Abschluß der Sekundarschule bescheinigen, sondern nur als Zulassungskriterium für den Zugang zur höheren Bildung dienen
- Einrichtung eines Systems zur Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in Techniken zur Erhebung und Messung von Leistungen und zur Evaluierung

Abitur mit Berufsausbildung

- Ausweitung der Berufsausbildung von 30% auf 50% der Schüler, die nach der Grundschule weiterstudieren
- Reduzierung der Pflichtfächer und Einführung eines Wahlfachsystems
- Aufrüstung der Institute mit modernen Gerätschaften
- Überarbeitung des Evaluierungs- und Leistungsnachweissystem der Auszubildenden in Kooperation mit dem privaten Sektor
- Überarbeitung des Systems der Klassifizierung und Zertifizierung von Arbeitern und Arbeitsplätzen mit dem Ziel der Verbesserung der Verwaltung und der technischen Aspekte des Systems

Duale Berufsausbildung: der Strategieplan des VTC für 2004-2007 enthält folgende Maßnahmen:

- finanzielle und verwaltungstechnische Unabhängigkeit
- Verbesserung der verschiedenen Ausbildungsmodule
- Schaffung eines geeigneten Ausbildungsumfeldes in Kooperation mit Arbeitgebern
- Bereitstellung kompetenter Lehrkräfte
- Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten gemäß der Bedürfnisse des Arbeitsmarkts
- Bereitstellung von Ausbildungs- und Beratungsdienstleistungen für kleine und mittlere Unternehmen
- Klassifizierung und Zertifizierung von Arbeitern und Arbeitsplätzen zur Qualitätsverbesserung und -sicherung
- Aufbau enger und nachhaltiger Beziehungen zum privaten Sektor und zu NROs zur Sicherstellung der Ausbildungsergebnisse gemäß der Arbeitsmarktanforderungen

Fachschulbildung (*community college*)

- Überdenken des existierenden Verwaltungsmodells der Fachschulen und Untersuchen der sozioökonomischen Machbarkeit eines alternativen Modells: Hier schlagen die Autoren die Gründung einer unabhängigen privaten Gesellschaft für Technische Bildung vor, in dessen Vorstand staatliche und private Repräsentanten sowie die NROs vertreten sind.
- Stärkung der Beziehungen zum Arbeitgebersektor und Einbeziehung der Arbeitgeber in folgende Bereiche: Planung und Gesetzgebung mittels Vorständen, Räten, Vertretungen;

Erarbeitung von Lehrplänen sowie deren Implementierung; Prüfungen und Abschlüsse; Finanzierung; Erarbeitung von Bildungsmaßnahmen in Unternehmen

- Rationalisierung der Verbindung zwischen Fachschule und Weiterbildung an der Universität mittels Entkopplung der Fachschulbildung von Absolventen, die für den Arbeitsmarkt benötigt werden, von den Studenten, die danach an der Universität weiterstudieren, um Zahl der Absolventen für den Arbeitsmarkt zu erhöhen
- Institutionalisierung eines Systems der Ausbildung am Arbeitsplatz von Lehrpersonal und Dozenten

Hochschulbildung / Universität

- Zur Finanzierung von Forschungen und Postgraduiertenstudiengängen schlagen die Autoren der Studie die Übertragung des erfolgreichen Modells der Arabischen Universität in Amman auf andere Universitäten vor: Besitzer ist ein gemeinnütziges Unternehmen; Land, Gebäude und Einrichtungen gehören einer profitorientierten Aktiengesellschaft; laufende Kosten werden über Studentenbeiträge abgedeckt; eventuelle Überschüsse werden für Entwicklungsvorhaben genutzt
- Reformierung der Zulassungskriterien und verstärkte Qualitätsorientierung: Initiator ist der Rat für Hochschulbildung, an dem das Ministerium, Komitees, die Zivilgesellschaft und die Regierung beteiligt sind; Reform des Akkreditierungssystems hin zu mehr Unabhängigkeit von staatlichen Stellen
- Abänderung der Aufnahmekriterien: Erarbeitung neuer Richtlinien auf der Grundlage der gesamten Hochschulbildung inklusive der Fachschulen; Überarbeitung des Quotensystems an staatlichen Universitäten; Vereinheitlichung der Kriterien für staatliche und private Universitäten; Qualitätssicherung; Aufnahme nur über Wettbewerbskriterien (Abschaffung des alternativen Immatrikulationswegs, bei dem leistungsschwache Schüler bei voller Finanzierung trotzdem aufgenommen werden)
- Erhöhung des Anteils kostenpflichtiger ausländischer Studenten
- Ausrichtung der Studieninhalte auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes (mittels Räten, Komitees, dem Rat für Hochschulbildung etc.)
- Erarbeitung einer umfassenden Finanzierungsrichtlinie nach folgenden Rahmenkriterien: Studentengebühren zur Deckung der mehrheitlichen Kosten; Schaffung eines Fonds für Stipendien an bedürftige Studenten; Sicherstellen, daß Mittel der Regierung zur Förderung von national relevanten Programmen verwendet werden (ICT, Forschung, Lehrerausbildung); Auftragsforschung; Kriterien für öffentliche Subventionen: Wichtigkeit der Programme im Hinblick auf nationale Ziele und Qualität
- Mehr Stipendien für Doktorantenprogramme
- Unterstützung der neu gegründeten *Faculty Development Centers*, die Fortbildungen für Dozenten anbieten
- Erhöhung der Frauenquote an Universitäten über Anreize wie Stipendien
- Erhöhung der qualitativen und quantitativen Kapazitäten der Universitäten mit Postgraduiertenstudiengängen, insbesondere in den Naturwissenschaften und angewandten Wissenschaften; Durchführung gemeinsamer Forschungsprogramme und Austausch von Wissenschaftlern mit renommierten externen Universitäten; Einführung eines Sabbat-Jahres zur Forschung und Weiterbildung
- Überarbeitung des Regelwerkes für private Universitäten, demzufolge sie dem Ministerium für Hochschulbildung und Forschung sowie dem Ministerium für Arbeit, Industrie und Handel einerseits, und den privaten Geldgebern andererseits gegenüber verantwortlich sind, um Konflikte zu minimieren
- Erarbeitung eines Qualitätssicherungssystems

Nicht-formale und Erwachsenenbildung

- Aufnahme der nicht-formalen und Erwachsenenbildung in bildungspolitische Richtlinien als Teil des lebenslangen Lernens zur Verminderung der hohen Wissensunterschiede

- innerhalb der Gesellschaft und als wesentliche Maßnahme zur Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft und wissensbasierten Wirtschaft
- Umfassende Erhebung existierender Maßnahmen und Programme (Situations- und Problemanalyse), Förderung von Studien zum Thema
 - Erarbeitung einer nationalen Strategie für nicht-formale und Erwachsenenbildung mit klaren sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Dimensionen und Zielen; als ein wichtiges Ziel soll soziale Gerechtigkeit verankert werden; hierfür ist Überarbeitung der Finanzierungsmodalitäten notwendig
 - Erarbeitung eines umfassenden Systems zur Fortbildung am Arbeitsplatz und zum Sammeln von Arbeitserfahrung in Hochschulinstitutionen
 - Verabschiedung von Mechanismen, um den technischen Wandel und neues Wissen effektiv in die Lehrpläne zu integrieren
 - Stärkung der Verbindung und des Austausches zwischen formaler und nicht-formaler Bildung auf den Ebenen der Gesetzgebung und der Durchführung, Erarbeitung von Standards für Zertifizierungen / Abschlüsse und Zulassungskriterien unter Beibehaltung der Flexibilität und diversifizierter Ziele
 - Schaffung eines nationalen Gremiums mit einer klaren Vision und Strategien unter Förderung der aktiven Partizipation aller Akteure (staatlich, privat, NROs) in Planung und Durchführung
 - Den Autoren der Studie zufolge soll das Gremium folgende Aufgaben übernehmen: Regulierung (aber keine Überregulierung) des nicht-formalen und Erwachsenenbildungssektors; Erarbeitung und Erlassen von Richtlinien und Strategien; Festlegen der Aufgaben der Anbieter im öffentlichen, privaten und NRO- Bereich; Bestimmen der Art und Weise der Verbindungen zum formalen Bildungssektor; Festlegen von Zulassungskriterien, Standards, Abschlüsse sowie Qualitätssicherung; Durchführung von Erhebungen und Nachfolgeaktivitäten mittels Studien und Forschung; Unterstützung der Anbieter; Demokratisierung des Systems zur Entwicklung des Humankapitals
 - Einrichtung von Zentren mit Vorbildfunktion, die Universitäten oder anderen Einrichtungen angeschlossen sind, um Studien zur nicht-formalen und Erwachsenenbildung durchzuführen

III.5. Beurteilung der internationalen Zusammenarbeit⁸

Jordanien führt verschiedene bilaterale und multilaterale Programme und Projekte im Bildungssektor durch. Die wichtigsten aktuellen Projekte und Reformvorhaben sind in den Kapiteln II. und IV. erwähnt worden.

Auf der Grundlage der Auswertung bisheriger Erfahrungen von Entwicklungsprojekten erwähnen die Autoren eine Reihe von Schwierigkeiten, die in zukünftigen Projekten stärker beachtet werden sollen:

1. Gesetzgebung:

Das Fehlen eines geeigneten nationalen legislativen Rahmens oder inadäquater legislativer Mechanismen behindert die effektive Umsetzung der Bildungsreform, insbesondere in den Bereichen der Weiterentwicklung des Bildungssystems oder der Personalentwicklung. Die Erarbeitung neuer legislativer Mechanismen benötigt viel Zeit und stößt auf viele Probleme.

2. Aufnahmekapazität

⁸ Eine Übersicht über Geber und Projekte in Jordanien siehe Dokument im Anhang *Mapping of non-German Donor Activities* sowie die Tabelle.

Manchmal übersteigen Programme und Projekte die Aufnahmekapazität der beteiligten Behörden. Dies passiert vor allem dann, wenn die bereitgestellten materiellen oder technischen Ressourcen die lokalen Kapazitäten zu deren Nutzbarmachung übersteigen.

3. Übernahme und Anpassung von externen Modellen

Häufig werden externe Modelle übernommen, ohne lokale soziokulturelle, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Betracht zu ziehen. Projekte und Programme sind oftmals nicht auf lokale Bedürfnisse, das lokale Umfeld und die lokale Umwelt abgestimmt.

4. Projektaneignung

Die schwache Involvierung von Experten und Institutionen des Empfängerlandes in Erarbeitung, Planung, Durchführung und *follow-up* kann sich negativ auf den Erfolg, die Auswirkungen und die Nachhaltigkeit solcher Programme und Projekte auswirken. Denn wenn sich die Zielgruppen das Projekt nicht aneignen, übernehmen sie selten die Verantwortung für das Projekt.

5. Nachhaltigkeit

Wenn die lokale Beteiligung an finanziellen und institutionellen Aspekten der Programme und Projekte schwach ist, wirkt sich dies negativ auf die Nachhaltigkeit aus. Wenn die externe Kooperation beendet ist, laufen häufig auch die Projekte aus. Um dies zu verhindern, sollte die Komponente der Nachhaltigkeit stärker in Projektdesign und -planung Eingang finden.

6. Erhebung und Evaluierung

Evaluierungen bei Projektende konzentrieren sich häufig nur auf die Outputs und Ergebnisse. Deshalb schlagen die Autoren der Studie vor, die Auswirkungen der Projekte und Programme, insbesondere die Langzeitwirkungen, in das Evaluierungskonzept zu integrieren, deren Ergebnisse dann umgesetzt werden sollen.

7. Zeitrahmen

Oftmals ist der Zeitrahmen nicht ausreichend, um signifikante Langzeitwirkungen bzw. nachhaltige Ergebnisse zu erzielen. Im Hinblick darauf sollte deshalb die geplante Dauer von Projekten und Programmen für jeden Fall genau überprüft und abgewogen werden.

8. Regionale Projekte und Programme

Folgenden Punkten sollte bei der Planung regionaler Projekte und Programme mehr Beachtung geschenkt werden: Wahl des Hauptsitzes des Programms (und evtl. das führende Land); Koordinationsmechanismen der Länder untereinander; Auswahl von Aktivitäten und Programmen von gemeinsamem Interesse.

9. Finanzierung

Projekte und Programme sollten eine angemessene, idealerweise externe und lokale, Finanzierung erhalten.

10. Koordination der Geber

Oftmals finanzieren unterschiedliche Geber einen Sektor. Um Dopplungen und Ressourcenverschwendung zu vermeiden und die Institutionalisierung von Programmen zu fördern, sollten Aktivitäten mit allen beteiligten Akteuren besser abgestimmt werden.

Widerstand gegen Reformvorhaben

Die Autoren der Studie haben folgende mögliche Bereiche des Widerstands einzelner Akteure

herausgefiltert:

- Lehrer, Ausbilder: Lehrplanerstellung, Lehr- und Weiterbildungsmethoden
- Eltern: Finanzierungspolitiken, Prüfungen und Leistungsevaluierung
- Privater Sektor: Finanzierungspolitiken
- Verwaltung: Systemveränderungen, Legislative, Dezentralisierung

III.6 Kooperationsmöglichkeiten Deutschlands

Die Autoren der Studie schlagen folgende Bereiche einer künftigen Zusammenarbeit mit Deutschland vor:

Entwicklung des Humankapitals:

- Postgraduiertenstudium jordanischer Studenten an deutschen Universitäten mit unterschiedlichen Finanzierungsmechanismen (Stipendien u.a.), insbesondere in den Fächern Jura, ICT, angewandte Wissenschaften
- Universitäre Forschung: Forscheraustauschprogramme, gemeinsame Forschungsprojekte
- Weitere Unterstützung der *Faculty Development Centers*
- Unterstützung des Nationalen Instituts für Lehrerausbildung in: Weiterbildung des Personals, insbesondere Ausbildung von Ausbildern; Mithilfe bei der Erstellung von Ausbildungsmaterialien und Modulen für Fortbildung am Arbeitsplatz; Weiterentwicklung des Systems
- Unterstützung von Aktivitäten zur Modernisierung der Ausbildung am Arbeitsplatz in voruniversitären Einrichtungen in den o.g. Bereichen

Einrichtungen:

- Kredite und / oder finanzielle Unterstützung zur Errichtung und Ausstattung von Bildungseinrichtungen gemäß der Nationalen Entwicklungs- und Strategiepläne

Unterstützung der Weiterentwicklung des Bildungssystems

- Weiterentwicklung des Verwaltungssystems der voruniversitären Bildung in den Bereichen: Dezentralisierung; Stärkung der lokalen Verwaltung und Schulen; Rechenschaftssystem; lokale und zentrale Monitoring- und Evaluierungssysteme und Aufsicht (Supervision); legislative Mechanismen und Regulationen; Finanzierungssysteme; Involvierung des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft; Beratungs- und Anleitungssystem
- Fortbildung am Arbeitsplatz in allen Lehrbereichen, inklusive Prüfungen und Abschlüsse
- Weiterentwicklung der nicht-formalen und Erwachsenenbildung
- Etablierung von Partnerschaften in Bereich der Hochschulbildung

Technische Bildung und Berufsausbildung

- Erarbeitung von Standards
- Lehrplanentwicklung
- Prüfungen, Abschlüsse und Zertifizierung

Verwaltung

- Verstärkte Integration des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft
- Unterstützung der Absolventen bei der Integration in den Arbeitsmarkt

Hochschulbildung (Universitäten und Fachschulen)

- Modernisierung der Zulassungskriterien für neue Institute und der Systeme für Qualitätssicherung

- Entwicklung moderner Management-Informationssysteme und Networking der Institute
- Weiterentwicklung des Verwaltungssystems in Fachschulen in den Bereichen: Finanzierung; Aufnahmerichtlinien; Koordinierung mit Universitäten; institutionelle Stärkung in Richtung mehr Unabhängigkeit; nicht-formale Programme
- Unterstützung bei der Erarbeitung legislativer Richtlinien, insbesondere Rechenschaft privater Institute gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Industrie und Handel sowie dem Ministerium für Hochschulbildung und Forschung
- Sicherstellen der Relevanz der Ausbildung für den Arbeitsmarkt und Partnerschaften mit Unternehmen

Nationales Prüfungssystem

- Struktur und Verwaltung des Verwaltungssystems
- Qualität und Umfang
- Personalentwicklung

Bildung für spezielle Gruppen (Lernschwache, Behinderte, Förderung von Talentierten)

- Qualitative und quantitative Aspekte der Bildung (Ausweitung der Bildungsangebote für die verschiedenen Gruppen und Verbesserung der Qualität)

Genauere Ausführungen und Strategien hinsichtlich der hier aufgeführten Bereiche sind im Kapitel IV. dargestellt.

Die Autoren der Studie schlagen drei Ebenen der Kooperation mit Deutschland vor: 1. bilaterale Abkommen, 2. regionaler Ansatz mit mehreren Ländern der Region wie das von Deutschland unterstützte Projekt der regionalen Kooperation mit ausgesuchten arabischen Ländern im Bereich der Berufsausbildung, 3. über die EU und europäische Institutionen wie die Europäische Ausbildungsstiftung im Rahmen bilateraler Übereinkünfte oder regionaler Ansätze.

IV. Zusammenfassung des Abschlußberichtes der Ländergruppe Marokko⁹

IV.1 Aufnahme und Implikationen des Zweiten Entwicklungsberichtes der arabischen Länder (2. AHDR) in Marokko

Die Ergebnisse des 2. AHDR waren für Marokko keine Überraschung, sondern ein weiteres Indiz dafür, wie notwenig die Umsetzung eine Reform des Bildungswesens ist. Zu diesem Schluß kam schon der Weltbankbericht von 1993. Seitdem sind verschiedene Aktivitäten zur Erarbeitung eines umfassenden Reformplanes unternommen worden.

Die Ministerien der verschiedenen Bildungsbereiche kennen - laut den Autoren der Studie - die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichtes. Allerdings ist dieser Bericht nur als ein Beitrag von vielen (zum Beispiel den nationalen Reformprogrammen und Evaluierungsstudien) zur Bildungsdebatte aufgefaßt worden, der kaum neue Informationen geliefert hat.

Da der 2. AHDR nur auf Englisch und Arabisch publiziert wurde, ist seine Kenntnis unter marokkanischen Intellektuellen mit vornehmlich französischen Sprachkenntnissen eher gering. Viele Intellektuelle haben häufig Informationen aus zweiter Hand durch die Presse und Online-Medien erhalten. Einige führende Intellektuelle haben den Inhalt des Berichts sowie seine methodologischen Vorgehensweisen im Rahmen formeller Debatten diskutiert. Als ein Ergebnis dieser formellen Diskussionen ist die beschränkte Aussagekraft des 2. AHDR aufgrund pauschaler Verallgemeinerungen und methodologischer Mängel festgehalten worden. Andere wiederum sahen in dem Bericht ein Mittel zur Legitimierung der von den USA initiierten *Greater Middle East Initiative* bzw. als ein von den USA hausgemachtes Dokument mit dem Ziel der Dominierung der arabischen Welt. Die Mängel im Bildungswesen sind nach Ansicht einiger Intellektuelle nur schwer zu beheben, denn der externe militärische, wirtschaftliche und kulturelle Druck läßt wenig Raum für eigene Entwicklungen.

Engagierte zivilgesellschaftliche Gruppen kennen zwar den 2. AHDR, haben aber bis auf eine Veranstaltung keine öffentlichen Debatten durchgeführt. Dies erklären die Autoren der Studie damit, daß NROs in Marokko ihre Arbeit eher auf dem von der UNDP veröffentlichten *Human Development Report 2003* ausrichteten.

Das Thema des 2. AHDR wurde von der marokkanischen Presse in arabisch- und französischsprachigen Tages- und Wochenzeitungen sowie dem *Maghreb Arab Press* mit 20 Artikeln im Zeitraum von Oktober 2003 - Mai 2004 behandelt. 50% aller Artikel wurden innerhalb der ersten zwei Monate seit der Publikation des Berichtes veröffentlicht. Der Inhalt der Artikel gibt das Spektrum der oben vorgestellten Meinungen der Intellektuellen wieder.

Auf der Grundlage der Ergebnisse des 2. AHDR wurde zwar eine Konferenz über die Wichtigkeit einer Sprachreform in Richtung Arabisierung durchgeführt. Allerdings wurden keine speziell auf dem Bericht basierende Politiken oder Reformprogramme erarbeitet, da es schon ausgearbeitete nationale Programme und Strategien gab. Generell läßt sich festhalten, daß einerseits die Notwendigkeit zur Bildungsreform anerkannt und der Bericht als Leistungsvergleich geschätzt wurde, der dazu beitragen kann, die Bildungslücke zu schließen. Andererseits wurde der 2. AHDR auch als politisches Instrument der externen Einmischung angesehen.

⁹ Zusammengestellt von Sandy El Berr, Zentrum für Entwicklungsforschung, Abt. A, Bonn.

IV.2. Politikprozeß

Das *Ministerium für Nationale Bildung, Hochschulwesen, Ausbildung und Forschung* ist für die primäre, sekundäre und technische Bildung sowie für das Hochschulwesen, Fortbildung und Forschung zuständig. Zusätzlich ist ihm das Staatssekretariat unterstellt, welches mit der Aufgabe der Alphabetisierung und nicht-formalen Bildung betraut ist; in seine Verantwortung fällt die UNESCO-Initiative „Bildung für Alle“. Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten wurde vor kurzem in diese Initiative eingebunden. Die Berufsbildung fällt in den Bereich des Ministeriums für Arbeit und Berufsbildung. Sein Amt für Berufsbildung und der Förderung von Beschäftigung (OFPPPT) - überwacht von der Nationalen Kommission für Berufsbildung und Beschäftigung - entwickelt Lehrpläne und Programme in Kooperation mit dem privaten Sektor. Technische oder ingenieurswissenschaftliche Hochschulbildung wird auch von anderen Ministerien angeboten, z.B. dem Ministerium für Landwirtschaft, Ministerium für Handel und Industrie, Ministerium für Bergbau, Ministerium für Telekommunikation, Ministerium für Planung, Ministerium für Öffentliche Verwaltung etc. Neben den staatlichen gibt es auch private Einrichtungen. Im Vorschulalter sind insbesondere die Koranschulen zu nennen. Private Einrichtungen müssen sich an die offiziellen Vorgaben und Richtlinien halten, die vom Ministerium für Nationale Bildung überwacht werden.

Das Ministerium für Nationale Bildung entwickelt Lehrpläne und Programme, überwacht die Texterstellung für Schulbücher und bietet Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer und Beamte an. An der Lehrplanentwicklung für Schulen beteiligt sich außerdem das *Ständige Komitee für Lehrplanerstellung und Aktualisierung*, das sich aus 23 Mitgliedern (Lehrpersonal, Beamte, Wirtschaftsvertreter, Künstler, Wissenschaftler, Ingenieure) zusammensetzt. Die Bildungspolitik wird von 16 regionalen, finanziell und administrativ unabhängigen, öffentlichen Akademien (AREF) umgesetzt.

Die 14 staatlichen Universitäten, die bis 2003 dem traditionellen französischen Modell mit einem hohen Grad an Autonomie folgten, befinden sich zur Zeit in einer Phase der Umstrukturierung. Der Fakultätsrat überwacht die Universitätsführung, bewilligt Bildungs- und Verwaltungsreformen und entwickelt neue Programme und Curricula. *Die Nationale Kommission für die Koordinierung der Hochschulbildung* (NCCHE) innerhalb der Abteilung für Hochschulwesen des Ministeriums für Nationale Bildung fungiert als Akkreditierungsinstitution und bestimmt die Kriterien für die Evaluierung von Programmen, die Immatrikulation und Aufnahme von Studenten. Weiterhin fördert das NCCHE die Forschung sowie den Aufbau von Computernetzwerken zwischen den Universitäten. Der Koordinierungsrat für Hochschulinstiute bemüht sich vorrangig um Synergieeffekte zwischen öffentlichen und privaten Hochschulinstitutionen.

Die Überwachung der Bildungsreform obliegt zwei nationalen Koordinationsgremien: COSEF unter Vorsitz von Beratern des Königs und CISREF (Interministeriale Kommission für die Durchführung der Bildungsreform) unter Vorsitz des Premierministers. Der König hat die Schaffung eines Hohen Rates für Bildung als höchste Koordinierungsinstanz für Bildungs- und Ausbildungsprogramme angekündigt, der evtl. COSEF ersetzen wird. Daneben treffen sich die verschiedenen Kommissionen und Abteilungen der involvierten Ministerien; auch Bildungsforen sowie Informationskampagnen mit dem Ziel der verstärkten Einbindung unterschiedlicher Akteure (Eltern, Lokalregierungen) in den Reformprozeß werden abgehalten.

Die Interdependenzen der Probleme in allen Bildungssektoren ist laut den Autoren der Studie dahingehend erkannt worden, daß nunmehr ein einziges Ministerium - das neu gegründete *Ministerium für Nationale Bildung, Hochschulwesen, Forschung und Weiterbildung* - für Bildungsfragen zuständig ist (mit Ausnahme einiger technischer Studiengänge sowie der Berufsausbildung). Die Schaffung dieses Ministeriums erfolgte auf den Vorschlag von COSEF

hin mit dem Ziel, die Integration der verschiedenen Bildungssektoren zu gewährleisten und das Bildungssystem effizient zu gestalten

Gesellschaftliche Gruppen, die an der Bildungsreform interessiert sind und sich an ihr beteiligten, umfassen politische Parteien, NROs (Zakoura-Stiftung oder die Vereinigungen von Ait Iktel und Bayti) und Gewerkschaften. Insbesondere Eltern- und Lehrervereinigungen, aber auch Inspektoren-, Schuldirektoren- sowie private Kindergarten- und Schulvereinigungen haben mit Veranstaltungen zur Umsetzung der Reform beigetragen. Die Kommunikation dieser Gruppen mit politischen Entscheidungsträgern ist nicht institutionalisiert, sondern scheint von Initiativen dieser Gruppen und ihrem Kommunikationsbedarf abzuhängen. Ansonsten stellt die Kommunikationsabteilung des Ministeriums für Nationale Bildung Informationen auf ihrer Webseite bereit und publiziert Berichte zur Bildungsreform. Eine positive Entwicklung der Koordination des Staates mit NROs und deren verstärkte offizielle Einbeziehung in Bildungsprogramme war vor allem im Zeitraum von 1995-1998 zu beobachten. Das Bildungsministerium hat ein groß angelegtes Programm zur Zusammenarbeit mit nationalen und lokalen NROs verabschiedet. Die Arbeit der NROs hat vor allem positive Ergebnisse in den Einschulungsraten und hierbei insbesondere der Mädchen erzielt. Heute unterstützt die Mohamed V.-Stiftung mit Beteiligung privater Geber die Arbeit von NROs im Bildungssektor.

Die Verknüpfung der Bildungsreform mit der Nachfrage des privaten Sektors wird mittels der Vorstandstreffen der regionalen Akademien (AREF) und Universitäten, in denen der private Sektor vertreten ist, realisiert. COSEF hat die Aufgabe, ein Rahmenkonzept zum Aufbau von Beziehungen zwischen Industrie und Schulen bereitzustellen. Berufsvereinigungen sind an der Lehrplanerstellung für technische und Berufsausbildung beteiligt. Allerdings wird auf die mögliche Gefahr eines geschlossenen Systems hingewiesen, wenn nur Ministerialbeamte und einige wenige Branchen ausgebildet werden, die dann im Gegenzug die Ausbildungsinhalte festlegen. Weiterhin werden innerhalb von Bildungsprogrammen Praktika im privaten Sektor angeboten.

IV.3. Diskurs über Probleme im Bildungsbereich

Generell

- ineffiziente administrative Struktur, hohe Abwesenheitsraten
- pädagogische Ansätze sind inadäquat und veraltet
- geringe Qualität der Bildung und Materialien
- schlecht ausgebildetes Lehrpersonal
- fehlende Managementfähigkeiten der Verwaltung, ineffizientes Personalmanagement
- Fehlen einer effizienten Evaluierungsinstitution oder eines verlässlichen Informationserhebungssystems

Grund- und Sekundarschulbildung

- Fehlen einer klaren Bildungspolitik und -richtlinien sowie deren Zielsetzungen im Hinblick auf langfristige nationale Ziele
- Vernachlässigung qualitativer Aspekte der Bildung, insbesondere des Implementierungsprozesses von Curricula
- zu wenig Verbindungen zwischen Allgemeinbildung, technischer Bildung und Berufsausbildung
- hohe Abwesenheitsraten
- Vernachlässigung der Forschung im Bildungsbereich, kaum Pilotprojekte
- keine Anpassung des Schulsystems an die Umgebung des Lernenden

Berufsausbildung

- wenig Ausbildung in Industrien
- kaum direkte Ausbildung am Arbeitsplatz und Weiterbildung
- kaum brauchbare Anbindung der Berufsschulen an andere Schulen
- geringe Mitwirkung industrieller Partnerinstitutionen
- fehlende Bildungskomponente bei Praktika

Hochschulbildung

- weniger Arbeitsmöglichkeiten für Absolventen im öffentlichen Sektor
- Probleme bei der Aufnahme von Absolventen in Industrie und Wirtschaft
- Schwierigkeiten in der Identifizierung von Bedürfnissen eines sich rasch wandelnden Arbeitsmarktes
- Überfüllung der staatlichen, kostenlosen Universitäten, geringe Möglichkeit der Diversifizierung (Standardcurricula), hohe Durchschnittsstudienzeiten und Abbrecherraten
- zu wenig Kurzzeitstudiengänge mit direktem Bezug zum Arbeitsmarkt
- kaum Studenten in technischen Einrichtungen
- Fehlen eines Wissenstransfers zwischen den verschiedenen Bereichen

Sprachproblematik

In den Primar- und Sekundarschulen ist Arabisch die Unterrichtssprache. In höheren Bildungseinrichtungen in den Bereichen Technik und Naturwissenschaften ist es Französisch, wohingegen modernes Standardarabisch in den Human- und Geisteswissenschaften verwendet wird.

Die Wahl der Unterrichtssprache ist ein heiß diskutiertes und emotional aufgeladenes Thema in Marokko. Deshalb wird es auf der politischen Ebene selten auf der Basis von Lern- und Bildungszielen diskutiert. Die Nationale Charta erkennt zwar die Wichtigkeit dieses Themas an, bietet aber keine Lösung dafür an. Es wird zunehmend anerkannt, daß die Muttersprache die Unterrichtssprache sein sollte. Aus diesem Grund ist die Berbersprache *Tamazigh* während der letzten zwei Jahre an einigen Schulen eingeführt worden. Wenn es allerdings um die arabische Sprache geht, dann wird (fälschlicherweise) unterstellt, daß das moderne Standardarabisch eine Muttersprache ist, während es aber in Wirklichkeit marokkanisches Arabisch ist. Bisher hat es keiner gewagt, marokkanisches Arabisch in der Bildung anzuwenden, ausgenommen in einigen nicht-formalen Bildungssituationen.

Genderdisparität

Während auf der einen Seite Genderdisparitäten in der Einschulungsrate zurückgegangen sind, so ist auf der anderen Seite die Abbrecherquote der Mädchen immer noch signifikant höher und das Bildungsniveau geringer. Teil des Problems sind die Schulen selbst.

Bibliotheken und ICT

Die öffentlichen Bibliotheken haben gering qualifiziertes und zu wenig Personal, sind in den Städten konzentriert, sind schlecht ausgestattet (keine Kindersektion, kaum Zeitungen, nur Printmedien) und die Räumlichkeiten sind inadäquat. Weniger als 2 Bücher werden pro Jahr pro Person ausgeliehen. Akademische Bibliotheken sind Bestandteil jeder Universität und höheren Bildungseinrichtung. Allerdings erfüllen nur wenige die Mindestanforderungen (ähnliche Probleme wie die öffentlichen Bibliotheken). Online-Datenbanken und IT sind nur in wenigen Bibliotheken vorhanden. Bis auf wenige Ausnahmen gibt es keine öffentlichen Computerpools oder Internetzugang. Viele Universitätsbibliotheken gestatten nur den eigenen Studenten und Mitarbeitern Zugriff auf ihre Materialien. Private Institute der höheren Bildung nutzen eher IT und haben auch Internetanschluß.

Um Computer- und Internetnutzung in Schulen einzuführen, wurde ein nationales Computer-Programm verabschiedet, demzufolge bis 2010 alle Grundschulen mit Computern ausgestattet sein sollen. Gymnasien verfügen meist schon über Computer; technische Gymnasien sowie Computerfachschulen haben ausgebildetes Personal und besitzen eine gute Infrastruktur. Das interaktive Fernsehprojekt hat das Ziel, Lehrer insbesondere in ländlichen Regionen mit Hilfe von IT fortzubilden. Viele staatliche Universitäten besitzen eine bescheidene IT-Infrastruktur, und der Umgang mit dem Computer ist mittlerweile obligatorisch im Lehrplan festgeschrieben. Das *Nationale Zentrum für Wissenschaftliche und Technische Forschung* führt z.Z. ein nationales Projekt (MARWAN 2 - *Moroccan Wide Area Network*) in Zusammenarbeit mit Maroc Telecom und dem europäischen Netzwerk GEANT mit dem Ziel der Ausstattung aller Universitäten mit Breitbandinternetanschluß durch. Verschiedene Institute der höheren Bildung mit Spezialisierung auf ICT sind im Bereich der Aus- und Weiterbildung tätig und dienen als Dokumentationszentren. Marokkos Interesse im Bereich des *e-learning* und dem Fernstudium kommt in seiner Unterstützung der *African Virtual University*, der *Arab Virtual University* sowie der Entwicklung einer eigenen virtuellen Universität zum Ausdruck.

Rolle des Staates in der Bildungsreform

Der Staat finanziert fast das gesamte Bildungssystem. Ca. 30% seines Haushaltes wird für diesen Sektor aufgebraucht. Mehr als 95% aller Schüler und Studenten sind in öffentlichen Einrichtungen eingeschrieben. Im Gegensatz zu privaten Einrichtungen sind die staatlichen kostenlos.

Die Nationale Charter hat sich als Ziel gesetzt, private Einrichtungen zu fördern, um die Zahl der dort eingeschriebenen Schüler und Studenten auf 20% zu erhöhen. Dazu wurden bereits Richtlinien verabschiedet. So hat der private Sektor unter Mitarbeit von UNDP und der BMCE-Stiftung ein ehrgeiziges Programm erarbeitet, um Tausende von Schulen in ländlichen Gebieten zu errichten. Weiterhin schlägt die Nationale Charter vor, Studiengebühren für die höhere Bildung einzuführen, während die Primar- und Sekundarbildung weiterhin kostenlos angeboten werden soll. Bedürftige Studenten sollen Stipendien erhalten. Der Meinung der Autoren zufolge ist bisher allerdings wenig getan worden, um diese Richtlinien und Empfehlungen umzusetzen.

Bis jetzt unterscheiden sich die meisten privaten kaum von den staatlichen Einrichtungen hinsichtlich der pädagogischen Methoden, Lehrpläne und Materialien, so daß auch die privaten Institute ähnliche Mängel aufweisen. Nur in den Prüfungen erzielen die Privatschüler bessere Ergebnisse, da die Klassen kleiner und die Betreuung intensiver ist. Die einzigen Schulen, die andere pädagogische Methoden und alternative Lehrpläne verwenden, sind die ausländischen Einrichtungen.

Die Autoren der Studien sehen die Rolle des Staates in folgenden Bereichen als relevant an:

- kostenlose Bereitstellung der Primar- und Sekundarbildung
- Einführung von Studiengebühren für die höhere Bildung
- Erarbeitung von Mechanismen für bedürftige Studenten: teilweise Befreiung von Studiengebühren, Stipendien etc.
- Verwendung der Studieneinnahmen für Investitionen im Bildungsbereich und in der Forschung

IV.4. Verbesserungsvorschläge

Die **nationale Bildungsreform** hat sich folgende Oberziele gesetzt:

- Anbieten einer Bildung, die das für weiterführende Studien notwendige Wissen und Fertigkeiten vermittelt
- Verbesserung der kommunikativen und methodischen Fertigkeiten der Studenten

- Förderung von Fertigkeiten, die die Integration der Studenten in den Arbeitsmarkt erleichtert
- Verbesserung Leistungsfähigkeit des Bildungssystems und stärkere Berücksichtigung des Bedarfs der sozioökonomischen Sektoren
- Erstellung eines Orientierungssystems
- Verbesserung der Universitätsverwaltung und der Entscheidungsgewalt
- Entwicklung von Synergien zwischen Universitäten und Industrien

Zur Verwirklichung der Ziele der nationalen Bildungsreform Marokkos haben die Autoren folgende Vorschläge unterbreitet:

- Auswahl einer einheitlichen Unterrichtssprache in den Schulen
- Lehrerfortbildung und Verbesserung der Weiterbildungsprogramme
- Erstellung hochwertiger Bildungsmaterialien
- Förderung und Entwicklung technischer und technologischer Bildung
- Ausbildung in neuen Technologien

Diese Verbesserungsvorschläge sind bereits Bestandteil der Nationalen Charter für Bildung und Weiterbildung, d.h. sie sind politisch erwünscht. Widerstand ist laut den Autoren der Studie nicht zu erwarten, höchstens von der Lehrgewerkschaft. Sie lassen anklingen, daß einige Lehrer die neuen Evaluierungsprozeduren evtl. ablehnen könnten. Eine Strategie zur Unterstützung der Reform ist das Kommunikationsnetzwerk zur Aus- und Weiterbildung von Ausbildern und zur Nutzung von Erfahrungen aus Pilotprojekten. Strategien zur Lösung der Bildungsprobleme sind deutlich auf der nationalen Ebene erwünscht und angesiedelt, weniger auf der regionalen (Arabische Region) oder gar internationalen. Regionale Ansätze sind dennoch in der Kooperation mit verschiedenen virtuellen Universitäten zu finden.

Um zur Lösung der **Sprachproblematik** beizutragen, sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Durchführung von Studien, welche Sprache oder Sprachen als Unterrichtssprache im Hinblick auf nationale Bildungsziele verwendet werden sollen.
- Erarbeitung geeigneter Methoden und didaktischer Materialien, u.a. zur Etablierung des Hocharabischen als Unterrichtssprache für alle Fächer.
- Klärung, inwiefern marokkanisches Arabisch als Unterrichtssprache genutzt werden kann, um den Übergang zum Hocharabisch zu erleichtern.
- Erarbeitung einer strategischen Entscheidung, ob Fremdsprachen im Rahmen eines Unterrichtsfaches gelehrt werden oder auch als Unterrichtssprache für einzelnen Fächer gelten soll
- Verbesserung der Lehrstandards und entsprechende Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals

Zur Verringerung der **geographischen** (Stadt-Land) **und Genderdisparitäten** sollten Schulen dahingehend reformiert werden, daß sie sich dem sozioökonomischen Umfeld ländlicher oder peri-urbaner Lerner sowie den lokalen Gegebenheiten anpassen. In diesem Sinne sollten Schulen eine Lernumgebung schaffen, bei der auch Hausaufgabenbetreuung vertreten ist. Schulen in ländlichen Gebieten müssen die Problematik der Unterrichtssprache stärker berücksichtigen. Das Projekt *La Nouvelle Ecole* hat versucht, diese Problematik im suburbanen Bereich anzugehen. Dabei wurde der Schultag in drei Teile gegliedert: 1. theoretisches Lernen im Unterricht, 2. praktisches Lernen, 3. Eigenstudium und Hausaufgaben. Die Aktivitäten außerhalb des Unterrichts sind von NRO-Volontären betreut worden. Das Projekt ist mittlerweile ausgelaufen.

IV.5. Beurteilung der internationalen Zusammenarbeit¹⁰

Den Autoren der Studie zufolge wird die bilaterale Kooperation als gute Möglichkeit erachtet, um vom internationalen Wissen und Know-how zu profitieren. Kooperationsprogramme werden häufig in Form von Pilotprojekten umgesetzt, um neue Methoden zu testen.

Marokko kann auf langjährige Erfahrungen in der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Frankreich, Spanien, den USA, Deutschland und Japan sowie UNESCO, UNICEF und UNDP zurückblicken. Allerdings sind die anvisierten Ziele der Projekte und Programme bis in die 90er Jahre hinein selten erreicht worden. Das war u.a. der mangelnden Koordinierung der beteiligten Akteure sowie den weit gestreuten Projekten geschuldet. Aus diesem Grund hat das Bildungsministerium mit den Geberorganisationen eine neue Strategie erarbeitet, die darin besteht, nur in einige wenige, aber dringend reformbedürftige Bereiche zu intervenieren. Diese waren Bildung in ländlichen Regionen und Mädchenbildung. Dazu wurde ein Strategieplan erstellt und in fünf Pilotprovinzen implementiert. Erste Erhebungen der Ergebnisse haben gezeigt, daß sich die Bildungsqualität, die Einschulungsraten, insbesondere der Mädchen sowie die Partizipation der Gemeinden und lokaler NROs erhöht hat. Auch besuchten mehr Erwachsene Alphabetisierungskurse. Außerdem wurde die physische Infrastruktur verbessert und die pädagogischen Methoden in den Schulkalender integriert. Ursprünglich war geplant, dieses Programm mittels eines Weltbankkredites auszuweiten. Mit dem Regierungswechsel jedoch lag der Schwerpunkt auf der Erarbeitung der Nationalen Charter, die die Vorgaben für die Implementierung zukünftiger Programme enthält. Hierbei erachteten es die Ministerien nicht für notwendig, die Erfahrungen erfolgreicher Projekte und Ansätze auszuweiten und in neuen Projekten umzusetzen.

Kürzlich haben die Weltbank und USAID ein Abkommen mit dem marokkanischen Bildungsministerium unterzeichnet, in dem die Geber die Ausrüstung von Schulen mit Computern sowie die Schulung der Lehrer in der Anwendung von ICT im Unterricht unterstützen.

Während die verschiedenen Projekte zu einer Erhöhung der Einschulungsraten in ländlichen und peri-urbanen Gebieten geführt hat, sind die Ergebnisse zur Verbesserung der Bildungsqualität unzureichend (mit Ausnahme der o.g. Initiative), und die Schulabbrecherrate ist noch immer sehr hoch.

Abschließend machen die Autoren der Studie auf Problembereiche aufmerksam, die in der künftigen Projektplanung in Betracht gezogen werden sollten:

- Verschwendung von Geldern durch Projektdopplungen
- Bisher geringe Anwendung und Ausweitung der gemachten Erfahrungen in Pilotprojekten auf andere Projekte und Regionen: In diesem Zusammenhang erwähnen die Autoren die positiven Ergebnisse des USAID-Projektes Education for Girls (MEG), dessen innovative Ansätze auf andere Projekte übertragen werden können.

IV.6. Kooperationsmöglichkeiten Deutschlands

Neben der GTZ hat Marokko mit dem Goethe-Institut und der Konrad Adenauer Stiftung zum Thema Bildung zusammengearbeitet. Zur Zeit erwägt das Ministerium für Nationale Bildung ein Kooperationsprojekt mit dem Bundesland Hessen.

¹⁰ Eine Übersicht über Geber und Projekte in Marokko siehe Dokument im Anhang *Mapping of non-German Donor Activities* sowie die Tabelle.

Erwünschte Kooperationsbereiche umfassen folgendes:

1. Bildungsmaterialien:

- Verbesserung der Qualität von Textbüchern
- Erarbeitung von Lehrerhandbüchern auf CD-Rom
- Schaffung einer ministeriellen Abteilung zur Erstellung und Verteilung von Trainingssoftware
- Internetzugang für Bildungseinrichtungen
- Erstellung von Internetseiten mit Bildungsinhalten sowie Verbesserung des Zugangs dazu

2. Lehreraus- und -fortbildung

- Methoden und Ansätze der Lehrerausbildung
- Know-how-Management für Lehrerausbildungsprogramme
- Dienstleistungen für Lehrerweiterbildungsprogramme wie web-basierte Programme oder regionale Trainingszentren
- Workshops und Ausbildung

3. Technische und technologische Bildung

- Vernetzung der Mittel- und Oberstufe (*junior/senior high school*) mit technischen Schulen zur Förderung des Wissensaustausches über und Wertschätzung der technischen Bildung
- Vernetzung der technischen Schulen und Aufrechterhaltung der Netzwerke
- Förderung von Praktika und praktischer Ausbildung in Grundschulen

4. ICT

- Entwicklung von NTIC als Ausbildungshilfsmittel und als Lehrstoff
- Lehrmethoden der NTIC in Schulen (unter Benutzung von Netzwerksystemen, Datenbanken etc.)
- Entwicklung von Inhalten bzw. Aneignung von Inhalten für NTIC-Programme
- Herangehensweisen für Fernstudienprogramme sowie Förderung und Umsetzung von Fernstudienprogrammen

Die Auswahl der vier Kooperationsbereiche basiert zum einen auf den Stärken der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit, zum anderen auf den Bedürfnissen des marokkanischen Bildungssystems, wie sie in der Charter für Bildung und Ausbildung sowie dem Reformprogramm des Ministeriums für Nationale Bildung festgehalten sind. Die erwähnten Kooperationsbereiche sind ebenfalls im AHDR 2003 angeführt worden, insbesondere die Verbesserung von Methoden und Systemen zur Wissensvermittlung sowie die Förderung von Bildung im ICT-Bereich.